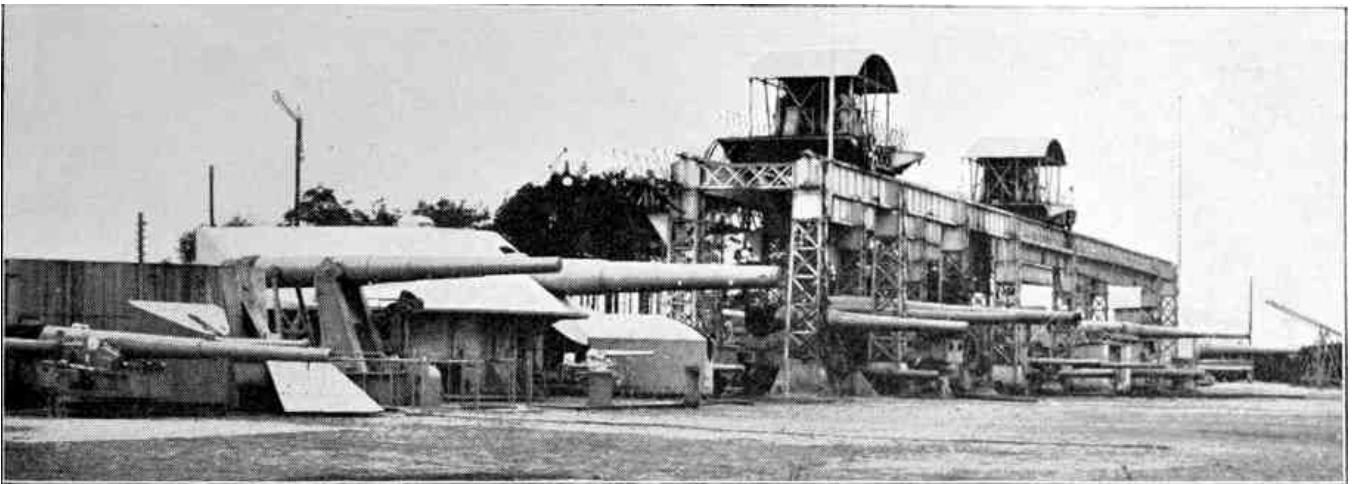




Moorbrand - Schadstoffkontaminationen ungemessen ...



Schießplatz Meppen.
Friedr. Krupp, A.-G.

Quelle: 'Deutschland als Weltmacht - vierzig Jahre Deutsches Reich', Herausgeber: Kaiser Wilhelm Dank, Verein der Soldatenfreunde; Verlag: Kameradschaft, Berlin W. 35, Urheber der Aufnahme unbekannt [gemeinfrei], via Wikimedia Commons

Ausgelöst durch eine Raketenübung des Bundeswehr-Kampf-

hubschraubers "Tiger" am 3. September schwelt bis heute im Naturschutzgebiet "Tinner Dose-Sprakeler Heide" ein Moorbrand, dessen Ende trotz mancher Entwarnungen noch nicht abzusehen ist. Laut NDR konnte er sich auf den durch die monatelange Dürre ausgetrockneten Flächen bis auf zwölf Quadratkilometer ausbreiten. Zwar wurde der Katastro-

phenalarm unlängst wieder aufgehoben, und ab dem 1. Oktober sollen auch die zivilen Kräfte (Feuerwehr und Technischer Hilfsdienst) abgezogen und von Angehörigen der Bundeswehr ersetzt werden, doch die Entspannung hat zumeist kosmetischen Charakter. Der Schwelbrand ist noch nicht gelöscht. Der Rauch, der im 100 km entfernten ... (S. 25)

POLITIK / REDAKTION

Jemen - friß oder stirb ...

(SB) - Im Jemen verschlimmert sich die ohnehin katastrophale humanitäre Lage mit jedem Tag noch weiter. Im dem seit drei Jahren vom Krieg heimgesuchten Land sind bereits ... (Seite 2)

POLITIK / REDAKTION

Washington - Taktik, Tests und Provokationen ...

(SB) - Parallel zu dem eskalierenden Handelskrieg zwischen den USA und China nimmt die militärische Konfrontation zwischen Washington und Peking ... (S. 3)

POLITIK / KOMMENTAR

Berlin Ankara - mittelbare Hilfszusagen ...

(SB) - Dass die Bundesrepublik Deutschland und die Türkei in den bilateralen Beziehungen eine neue Seite aufschlagen, um ihre Unstimmigkeiten beiseite ... (S. 5)

Jemen - friß oder stirb ...

(SB) 1. Oktober 2018 - Im Jemen verschlimmert sich die ohnehin katastrophale humanitäre Lage mit jedem Tag noch weiter. Im dem seit drei Jahren vom Krieg heimgesuchten Land sind bereits 22 der 28 Millionen Einwohner auf humanitäre Hilfe aus dem Ausland angewiesen. Mitte September warnte die britische Nothilfeorganisation Save the Children von einer drohenden Hungersnot, der 5,2 Millionen Menschen, darunter mehr als eine Million Kinder, zum Opfer fallen könnten. Am 19. September wartete die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (Food and Agriculture Agency of the United Nations - FAO) mit noch alarmierenderen Zahlen auf. Demnach könnten die Zahl der von Hunger bedrohten Jemeniten von derzeit 8,4 Millionen bald um weitere 3,5 Millionen steigen. "Den Hilfsorganisationen im Jemen läuft die Zeit davon, das Land vor dem Abrutschen in eine verheerende Hungersnot zu bewahren", warnte eindringlich David Beasley, leitender Direktor des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen (World Food Program - WFP).

Hauptverantwortliche für die Notlage sind Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), die 2015 an der Spitze einer sunnitischen Staatenkoalition in den Jemen einmarschiert sind unter dem Vorwand, den wenig beliebten, gestürzten Interimspräsidenten Abd Rabbu

Mansur Hadi wieder an die Macht zu hieven und dessen Widersacher, die Ansar-Allah-Bewegung der schiitischen Huthi-Rebellen, in die Schranken zu weisen. Mit Hilfe hadi-treuer Kräfte, südlicher Separatisten, Al Kaida auf der Arabischen Halbinsel sowie ausländischer Söldner ist es Riad und Abu Dhabi gelungen, den Süden mit der strategisch wichtigen Hafenstadt Aden sowie den Osten des Jemens einigermaßen unter ihre Kontrolle zu bringen. Doch jeder Versuch der ausländischen Interventionisten, in die Huthi-Hochburg im Nordwesten einzudringen und die Hauptstadt Sanaa zu erobern, ist bislang kläglich gescheitert. Weiter als Taiz, die etwa auf halber Strecke zwischen Sanaa und Aden liegt, ist man nicht gekommen. Deswegen haben die Saudis und Emirater letztes Jahr vom Süden her eine Offensive entlang der Küste des Roten Meers gestartet. Seit Juni versuchen sie Hudeida, die mit 600.000 Einwohnern größte Hafenstadt an der jemenitischen Westküste, die auch den letzten Zugang der Huthis zur Außenwelt darstellt, einzunehmen, stoßen dort jedoch auf erbitterten Widerstand.

Seit Beginn des Jemenkriegs haben die Saudis, Emirater und ihre Verbündeten die mangelnde Schlagkraft der eigenen Truppen am Boden durch ihr Monopol in Sachen Luftstreitmacht - die Huthis haben keine - kompensiert. Dabei haben sie jedoch nicht nur militärische, sondern auch zahl-

reiche zivile Ziele angegriffen und weite Teile der Infrastruktur im Norden und Westen des Jemens, darunter landwirtschaftliche Betriebe, Klärwerke und Wasseraufbereitungsanlagen, zerstört. Deswegen haben nach Angaben von David Miliband, dem ehemaligen Außenminister Großbritanniens und heutigen Direktor des Internationalen Rescue Committee (IRC), 50 Prozent aller Jemeniten keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Experten befürchtet den erneuten Ausbruch einer Cholera-Epidemie wie vor einem Jahr.

Mit Beginn der Operation zur Einnahme Hudeidas schießt auch die Zahl der Kriegsoffer in die Höhe - nach Angaben des Armed Location and Event Data Project (ALEDP) sowie des IRC um 164 Prozent. August 2018 soll der blutigste Monat im ganzen Krieg gewesen sein. Innerhalb von neun Tagen starben 500 Menschen, die meisten von ihnen in und um Hudeida. Für weltweites Entsetzen sorgte der Luftangriff auf den belebten Marktplatz der Stadt Dayhan am 9. August, bei dem 47 Menschen, darunter 29 Kinder in einem vollbesetzten Schulbus, ums Leben kamen. Wegen derlei Tragödien, die sich dauernd wiederholen, sind Riad und Abu Dhabi erheblich in die Kritik geraten. In einem Bericht von Menschenrechtsexperten der Vereinten Nationen, der am 28. September erschienen ist, wurden den saudischen und emiratischen Streitkräften sowie den Huthis

wegen unzureichender Rücksicht auf die Zivilbevölkerung Kriegsverbrechen vorgeworfen.

Die Scheichs in Riad und Abu Dhabi wiesen den Bericht als "ungenau" und "parteiisch" zurück. Die Hadi-Regierung hat die Zusammenarbeit mit der UN-Menschenrechtskommission wegen ihrer angeblich einseitigen Parteinahme für die Huthis abgebrochen und die Experten des Gremiums des Landes - jedenfalls des südwestlichen Teils - verwiesen. Zwei Tage zuvor hatte Präsident Hadi beim Auftritt bei der UN-Generalversammlung in New York Friedensverhandlungen mit den Huthis eine Absage erteilt und die Bemühungen des UN-Sondergesandten Martin Griffiths als "sinnlos" abgetan. Bereits am 25. September hatte an derselben Stelle US-Präsident Donald Trump Saudi-Arabien und die

VAE in Schutz genommen mit der Behauptung, die absolutistischen Monarchien der Sauds und der Al Nayhans täten alles, was sie nur könnten, den Krieg im Jemen zu beenden und die Zivilisten dort zu verschonen. Gleichzeitig lastete Trump dem schiitischen Iran an, die alleinige Quelle allen Unheils im Nahen Osten zu sein.

Ein entlarvender Bericht des Wall Street Journal vom 20. September läßt die Worte Trumps hohl erscheinen. Demnach hat US-Außenminister Mike Pompeo acht Tage zuvor dem Kongreß in Washington schriftlich bescheinigt, Saudi-Arabien und die VAE legten bei der Kriegsführung im Jemen größtmögliche Vorsicht an den Tag - obwohl seine eigenen Experten im State Department gegenteiliger Auffassung waren, auf die steigende Todesrate verwiesen und auf eine Beschränkung

der US-Militärhilfe für Riad und Abu Dhabi gedrängt hatten. Pompeo ließ die Argumente der eigenen Mitarbeiter nicht gelten und belog praktisch den Kongreß in Sachen Jemen, um die Durchführung eines Zwei-Milliarden-Dollar-Waffengeschäfts, den Verkauf von 120.000 Raketen des US-Rüstungskonzerns Raytheon an die Luftwaffen Saudi-Arabiens und der VAE, nicht zu gefährden. Zur Erinnerung: Es war eine Raytheon-Rakete, die einen Bus mit 29 Schulkindern darin im August auf dem Marktplatz Dayhan in ein tödliches Feuerinferno verwandelte. Entsprechend drastisch fiel deshalb die Überschrift des Wall-Street-Journal-Artikels aus: "Living Off The Bodies Of Dead Yemeni Children".

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/redakt/nhst1625.html>

POLITIK / REDAKTION / MILITÄR

Washington - Taktik, Tests und Provokationen ...

(SB) 1. Oktober 2018 - Parallel zu dem eskalierenden Handelskrieg zwischen den USA und China nimmt die militärische Konfrontation zwischen Washington und Peking gefährlich zu. Gegenseitige Provokationen und Beleidigungen sorgen für eine zunehmende Vergiftung der bilateralen Beziehungen. Während die Militärs beider Seiten einander Muskelspiele im Südchinesischen Meer liefern, rückt der absehbarste Konfliktpunkt - Taiwan - immer mehr ins beiderseitige Visier. Dort prallen das Streben der

Volksrepublik nach der Wiedereingliederung der abtrünnigen Provinz und der Wunsch der USA, die Insel weiterhin als Mittel der Hegemonie im asiatisch-pazifischen Raum zu benutzen, diametral aufeinander.

US-Präsident Donald Trump, der noch vor dem Einzug ins Weiße Haus 2017 die ein halbes Jahrhundert zuvor von Richard Nixon und Henry Kissinger mit Peking vereinbarte Ein-China-Politik in Frage stellte, hat inzwischen Strafzölle in Höhe von zehn Pro-

zent auf chinesische Importe in die USA im Wert von 250 Milliarden Dollar verhängt. Er drohte im Falle chinesischer Vergeltung, die restlichen Importe aus der Volksrepublik im Wert von 270 Milliarden Dollar ebenfalls mit Strafzöllen zu belegen. Die Chinesen sind nicht in der Lage, Gegenmaßnahmen eins zu eins zu ergreifen. Schließlich exportiert China weit mehr Güter und Dienstleistungen in die USA als es von dort importiert. Nichtsdestotrotz hat Peking Washington in den letzten Monaten eine ganze

Reihe von Vorschlägen unterbreitet, wie der chinesische Markt für Güter Made in the USA viel weiter als bisher geöffnet und der Handelsüberschuß der Volksrepublik reduziert werden könnte.

Doch das alles hat nichts geholfen, denn der Trump-Regierung geht es nicht nur um den Handelsüberschuß, sondern vor allem darum, den Aufstieg Chinas zum führenden Produzenten von High-Tech-Gütern wie zum Beispiel in den Bereichen Robotik und künstliche Intelligenz zu verhindern, weil dies die bisherige waffentechnologische Überlegenheit des Pentagons zunichte machen könnte. Wie sehr die wirtschaftlichen und militärischen Aspekte des Streits ineinander verwoben sind, zeigt die drastische Reaktion Pekings auf die Verhängung von amerikanischen Finanzsanktionen gegen die Rüstungsentwicklungsabteilung im chinesischen Verteidigungsministerium und dessen Leiter Li Shangfu am 20. September. Anlaß war der Kauf mehrerer Kampffjets vom Typ Su-35 sowie Batterien des vielgepriesenen Luftabwehrsystems S-400 von der staatlichen russischen Waffenschmiede Rosoboronexport, die sich wegen der angeblichen Einmischung Moskaus in die US-Präsidentenwahl 2016 auf einer schwarzen Liste des State Departments in Washington befindet.

Der Ärger der Chinesen ist verständlich. Beide Geschäfte waren vor der Verabschiedung des entsprechenden anti-russischen Sanktionsgesetzes durch den US-Kongreß im August 2017 getätigt worden. Die Kampffjets wurden bereits im Dezember 2017 und die Luftabwehrraketen im Januar

2018 an die Volksrepublik ausgeliefert. Peking hat deshalb mehrere Schritte unternommen, um seine Verärgerung deutlich zu machen. Das chinesische Außenministerium hat am 21. September die Verhängung der Sanktionen als "krassen Verstoß gegen die Grundregeln der internationalen Diplomatie" sowie als "Demonstration der Hegemonie" verurteilt und deshalb US-Botschafter Terry Branstadt einbestellt. Darüberhinaus wurde der ranghohe chinesische Marinekommandeur, Shen Jinlong, der an einer Militärkonferenz in den USA teilnahm, nach Hause beordert und ein für Ende September geplantes Treffen mit Vertretern des Pentagons zwecks Verbesserung der Kommunikationen zwischen den Kommandostäben der beiden Streitkräfte verschoben. Am 22. September hat das Finanzministerium in Peking geplante Gespräche über einen Ausweg aus der Sanktionsspirale zwischen Vizepremierminister Liu He und dem US-Finanzminister Steven Mnuchin bis auf weiteres abgesagt.

Seitdem reißt offenbar die Kette der gegenseitigen Provokationen nicht ab. Am 25. September hat die chinesische Regierung den Antrag der US-Marine um die Erlaubnis eines Hafensbesuchs in Hongkong für das Kriegsschiff Wasp im Oktober negativ beschieden. Am 26. September gab das Verteidigungsministerium in Washington bekannt, daß vier B-52-Bomber zwei Tage zuvor einen Überflug über das Südchinesische Meer, wo das chinesische Militär mehrere Riffe und kleine unbewohnte Inseln zu regelrechten Festungen ausgebaut hat, durchgeführt hatten. Im Rahmen der Operation haben die zum

Transport von Atombomben fähigen Maschinen auch die Senkaku bzw. Diaoyu-Felsengruppe im Ostchinesischen Meer überflogen, die seit Jahren Gegenstand eines erbitterten Souveränitätsstreits zwischen Japan und der Volksrepublik ist. Während die USA von einer "routinemäßigen" Operation sprachen, warf China der Trump-Regierung vor, einen neuen "Kalten Krieg" zu forcieren.

Am 21. September hat Washington eine weitere Tranche Militärhilfe für Taiwan in Höhe von 300 Millionen Dollar publik gemacht. Zu den Rüstungskomponenten, die diesmal an Taipeh geliefert werden sollen, gehören Ersatzteile für die Luftwaffe, insbesondere die in den USA gebauten Militärmaschinen vom Typ F-16, F-5 und C-130. Bereits 2017 haben die USA Taiwan Waffen im Wert von 1,4 Milliarden Dollar zukommen lassen, darunter vor allem Torpedos vom Typ MK-48, hochmoderne Raketen sowie Frühwarnradaranlagen geliefert. Bekanntlich macht man sich im Pentagon zunehmend Sorgen, daß die Volksarmee in einer Blitzaktion versuchen könnte, sich Taiwan gewaltsam einzuverleiben, noch bevor die US-Streitkräfte im pazifischen Raum etwas dagegen unternehmen können. Daher liefert die Nachricht vom 26. September, die USA zögen mehrere Batterien ihres Patriot-Raketenabwehrsystems aus Bahrain, Jordanien und Kuwait ab, um sie gegen Rußland und China in Stellung bringen zu können, keinen Anlaß zur Beruhigung.

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/redakt/milt-926.html>

POLITIK / KOMMENTAR / HERRSCHAFT

Berlin Ankara - mittelbare Hilfszusagen ...

Dass die Bundesrepublik Deutschland und die Türkei in den bilateralen Beziehungen eine neue Seite aufschlagen, um ihre Unstimmigkeiten beiseite zu lassen und sich auf ihre gemeinsamen Interessen zu konzentrieren, ist im Hinblick auf die globalen dramatischen Ereignisse der letzten Zeit für beide Seiten unabdingbar. Zumal beide Staaten mit der Terrorgefahr, der Migrations- und Flüchtlingsfrage und dem Wiedererstarken des Merkantilismus vor gemeinsamen Herausforderungen und Bedrohungen stehen.

Recep Tayyip Erdogan vor seinem Staatsbesuch in der FAZ [1]

(SB) 1. Oktober 2018 - Im Vorfeld seines dreitägigen Staatsbesuchs in Deutschland hatte Recep Tayyip Erdogan in einem Gastbeitrag der Frankfurter Allgemeinen Zeitung seine Erwartungen an die Bundesrepublik dezidiert zum Ausdruck gebracht und dabei insbesondere an gemeinsame Interessen der beiden Länder appelliert. Berlin und Ankara seien verpflichtet, ihre Beziehungen "fern von irrationalen Befürchtungen vernunftorientiert fortzuführen" und sich auf gemeinsame Herausforderungen und Bedrohungen zu konzentrieren. "Hierbei sollten wir bei Meinungsverschiedenheiten stets alle Kanäle des Dialogs und des Austausches offenhalten und mit einem Höchstmaß an Empathie versuchen, unsere gegenseitigen Befindlichkeiten zu verstehen."

Erdogan schlug seinen Gastgebern also vor, die Schnittmenge beiderseitiger Staatsräson und Regierungspolitik zur ausschließlichen Grundlage ihrer Beziehungen zu machen, den Rest aber in der Weise abzuwickeln, daß man einander nicht ins Handwerk pfluscht. Wir brauchen einander und dürfen uns nicht von einem wildgewordenen US-Präsidenten,

einem handlungsunfähigen UN-Sicherheitsrat, rechtsradikalen Rassisten und allgegenwärtigen Terroristen daran hindern lassen, unsere Ordnung aufrechtzuerhalten, unseren Wohlstand zu mehren und unseren Einfluß auszuweiten, so die Botschaft des türkischen Machthabers. Mit dieser Stoßrichtung rennt er in Berlin offene Türen ein, will doch die expansionistische Agenda der Bundesrepublik ihrerseits das herrschaftsrelevante Kerngeschäft nicht von widerständigem Aufbegehren und internationalem Gegenwind ausbremsen lassen.

Unwuchten bleiben insofern im Spiel, als der türkische Rassist Erdogan den Rassisten in hiesigen Führungsetagen Beziehungen auf gleicher Augenhöhe anbietet, wie sie im deutsch-türkischen Verhältnis noch nie vorgesehen waren. Von Anfang an ein halbkoloniales Bündnis des Kaiserreichs mit den Osmanen, hat sich das Gefälle seither nie vollständig nivelliert, weshalb aus Perspektive deutschen Regierungshandelns ein gleichrangiger Umgang mit der türkischstämmigen Bevölkerung in Deutschland wie auch der Türkei allen anderslautenden Beteuerungen zum Trotz kein The-

ma ist. Hinzu kommen weitere Streitpunkte im Detail wie etwa deutsche Geiseln in türkischer Haft oder eine generelle Rechtsunsicherheit unter Erdogans Präsidialregime, das deutsche Urlauber und insbesondere Geschäftsleute abschreckt. Auch seine Spionage in Deutschland und die nationalistische Aufstachelung seiner hier lebenden Landsleute sind ein Stein des Anstoßes.

Sollte demzufolge Verwirrung hinsichtlich der Interessen herrschen, die dabei im Spiel sind, verdankt sich diese jedoch nicht so sehr einer durchaus komplexen Gemengelage als vielmehr einer nationalistischen Kategorisierung in "Deutsche" und "Türken" oder gar zweier "Völker", deren gemeinsame Zukunft Erdogan beschwört. In beiden Staaten wie auch in ihrem Zusammenwirken geht es um innere und äußere Herrschaftsverhältnisse, Ausbeutung und Zurichtung, weshalb sich die Frage von Gegnerschaft und Solidarität natürlich ganz anders stellt als im offiziösen Diskurs. Die türkische und kurdische radikale Linke wird in beiden Ländern verfolgt, ohne daß Menschenrechte, wie sie an anderer Stelle lautstark ins Feld geführt

werden, auch nur der geringste Hinderungsgrund wären.

So erwartet Erdogan denn auch von der Bundesrepublik die "notwendige Unterstützung im Kampf gegen Terrororganisationen wie Fetö, PKK oder DHKP-C, die auch die innere Sicherheit in Deutschland bedrohen und deutsche Bürger zu Terrorzielen machen". Die PKK werbe weiterhin Mitglieder an, betreibe Drogen- und Menschenhandel sowie Schutzgelderpressung und Terrorpropaganda, was auch die deutschen Nachrichtendienste bestätigten. Der türkische Präsident weiß sich auf der sicheren Seite, wenn er die Kollaboration bei der Verfolgung widerständiger Organisationen und Menschen anmahnt, sitzt er doch in Anwendung des Terrorbegriffs auf radikale politische Gegner im selben Boot mit der Bundesregierung. Daß er behauptet, die Türkische Republik bekämpfe "gleichzeitig diverse Terrororganisationen" wie den Islamischen Staat, Al Qaida, die PKK, die DHKP-C sowie Fetö (Fethullahistische Terrororganisation), ist zwar im Falle des IS eine dreiste Irreführung, bringt ihn aber zu der noch haarsträubenden Propagandalüge, die Türkei habe mit der Operation "Schutzschild Euphrat" gegen den "Islamischen Staat" und der Operation "Olivenzweig" gegen die PKK die Errichtung von zwei Terrorstaaten im Norden Syriens verhindert. Die geflüchteten Menschen seien nach der Bekämpfung der Terroristen und der Befriedung der Region durch die Türkei wieder in ihre Häuser zurückgekehrt. Heute sei diese Region zu einem sicheren Zufluchtsort für Flüchtlinge aus anderen Regionen Syriens geworden.

Erdogan verurteilt die "verantwortungsferne Vorgehensweise der amerikanischen Regierung", welche die Welt in rücksichtslose Handelskriege treibe, die allen Beteiligten schaden. Deutschland und die Türkei seien angehalten, im Schulterschuß mit weiteren verantwortungsbewußten Staaten derart destruktive Handelskonflikte zu verhindern. Des weiteren lockt er Berlin mit der Forderung nach einer Reform des UN-Sicherheitsrats, wie es die Bundesrepublik seit jeher thematisiere. Durch den syrischen Bürgerkrieg hätten zunächst die Nachbarländer und im Anschluß die europäischen Staaten einen sehr hohen Preis für die Unfähigkeit des UN-Sicherheitsrates bezahlt. Sein Land habe einen beachtlichen Beitrag für die Sicherheit und Stabilität Deutschlands und Europas bei Fragen der Terrorabwehr und der Flüchtlinge geleistet und beherberge heute 3,9 Millionen Menschen, die aus Kriegs- und Krisengebieten geflohen sind.

Nachdem er der Bundesregierung vorgerechnet hat, wie sehr sie ihn braucht, mahnt Erdogan einen Kampf gegen rechtsextremistische Kräfte und institutionellen Rassismus in Europa an, dessen Haß sich insbesondere gegen Muslime richte. Der Rechtsradikalismus nehme zunächst Minderheiten aufs Korn, um nach seiner Erstarkung alle andersdenkenden Gesellschaftsmitglieder zum Angriffsziel zu erklären. Vor diesem Hintergrund sei es im Sinne der beiderseitigen Interessen wichtig, den NSU-Terror umfassend aufzuklären und eine wirkungsvolle Auseinandersetzung mit Islamfeindlichkeit zu führen. Was die türkische Diaspora in der

Bundesrepublik betreffe, so sei diese keine Bedrohung, sondern im Gegenteil ein Garant gegen die Radikalisierung, da sie sich in die Gesellschaft einbringe, die Sprache erlerne, an politischen Prozessen teilnehme und sich rechtstreuen vollkommen integriere. In diesem Zusammenhang könne der Beitrag türkischer Gemeinschaften, allen voran der DİTİB, für die Sicherheit in Deutschland nicht verleugnet werden, verfällt Erdogan am Ende doch unweigerlich in Klartext.

Mit Blick auf die Wirtschaftsbeziehungen, dem zentralen Motiv seines Staatsbesuchs, begnügt er sich mit wenigen Andeutungen, da die Weichen an anderer Stelle gestellt werden. Er spricht vom Tourismus und erneuerbaren Energien, Infrastruktur und Automobilsektor, die ein weites Feld für Kooperationen böten. Mit der Erweiterung von Solar- und Windenergieanlagen wolle man die Produktion aus einheimischen Quellen steigern und zugleich einen wichtigen Beitrag im Kampf gegen den Klimawandel leisten. "Wir verfolgen das Ziel, die Zahl der Investitionen deutscher Unternehmen in diesen und anderen Bereichen zu steigern und unsere gegenseitigen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen auszubauen."

Wie reagiert die Bundesregierung auf diese Avancen? Da die entscheidenden Gespräche hinter verschlossenen Türen stattfanden, ist man erstens auf die Auswertung von Signalen angewiesen, bei denen man zweitens die Spreu des Theaterdonners fürs Publikum vom Weizen substantieller Übereinkünfte trennen muß. Regierungssprecherin Ulrike Dem-

mer erklärte, die Bundesregierung verfolge die Entwicklungen in der Türkei aufmerksam und sei an einer stabilen, florierenden und demokratischen Türkei interessiert. Nach Spitzengesprächen mit Vertretern der türkischen Wirtschaft hatten deutsche Regierungsvertreter betont, sie schätzten die Unterstützung der Türkei für die Flüchtlingspolitik der EU. Bundesfinanzminister Olaf Scholz betonte, die Verhandlungen zwischen Berlin und Ankara hätten im letzten Monat große Fortschritte gemacht.

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier forderte eine "neue Ära" in den Beziehungen und erklärte, es bestehe eine sehr enge wirtschaftliche Zusammenarbeit. Mehr als 7.500 deutsche Unternehmen seien in der Türkei aktiv. In Berlin erwägt man, deutschen Unternehmen Subventionen für Exporte in die Türkei anzubieten und bei Lieferungen einzuspringen, selbst wenn die türkischen Banken nicht zahlen können. Auf diese Weise würden die Folgen einer Finanzkrise für die deutsche Industrie abgemildert. Zudem hätten Deutschland und die Türkei gemeinsame geostrategische Interessen. Man wolle die Region stabilisieren, die oft von Bürgerkriegen und Flüchtlingen geprägt sei, so Altmaier. [2]

Angela Merkel monierte nach Gesprächen mit Erdogan auf der gemeinsamen Pressekonferenz tiefgreifende Differenzen bei der Lage der Pressefreiheit, der Menschenrechte und den in der Türkei inhaftierten Deutschen. Auf diesen Pflichtteil folgte sogleich die Kür, betonte die Kanzlerin doch die gemeinsamen Interessen wie die Partnerschaft in der Nato, Fra-

gen der Migration und den Kampf gegen Terrorismus. "Deutschland hat ein Interesse an einer wirtschaftlich stabilen Türkei", gab auch sie als Generallinie vor. Eine deutsch-türkische Wirtschaftskommission werde erstmals tagen, das gemeinsame Energieforum zum zweiten Mal zusammenzutreten. Zudem kündigte sie für Oktober eine Konferenz mit den Präsidenten Frankreichs, Rußlands und der Türkei über die kritische Lage in Syrien an. [3]

Der Grünen-Politiker Cem Özdemir zog hingegen eine durchweg kritische Bilanz: "Von Normalität sind beide Länder genauso weit entfernt wie vor dem Besuch." Schließlich säßen neben deutschen Geiseln immer noch ungezählte Andersdenkende in türkischen Kerkern, und Erdogan mache keine Anstalten, Schritte in Richtung Meinungsfreiheit zu gehen. Özdemir kritisierte die "jede Art von Höflichkeit und Respekt sprengenden Aktivitäten Erdogans" in Deutschland. Dieser betreibe die Gleichschaltung von Moscheen, unterhalte "Schläger und Zuhälter im Rockerclub Osmanen" und habe jüngst eine App freischalten lassen, "um Oppositionelle in der Türkei ans Messer zu liefern". Jede einzelne dieser Aktivitäten sei eine Unverfrorenheit und verdiene ein deutliches Stoppsignal. Um Druck auf Erdogan auszuüben, verlangte der Grünen-Bundestagsabgeordnete, der Türkei mit einer Einschränkung der Hermes-Exportbürgschaften zu drohen. [4] Es steht indessen zu befürchten, daß der Zug der Bundesregierung längst in eine ganz andere Richtung abgefahren ist und Erdogan das freie Haus liefert, was er zur Festigung seines wirtschaftlich schwer an-

geschlagenen Regimes so dringend benötigt.

Anmerkungen:

[1] www.faz.net/aktuell/politik/gastbeitrag-von-erdogan-erwartungen-an-deutschland-15808317-p1.html

[2] www.wsws.org/de/articles/2018/09/29/turk-s29.html

[3] www.welt.de/politik/deutschland/article181698656/Erdogan-Besuch-Merkel-beklagt-tief-greifende-Differenzen-zwischen-Deutschland-und-der-Tuerkei.html

[4] www.sueddeutsche.de/politik/nach-staatsbesuch-des-tuerkischen-praesidenten-oezdemir-fordert-deutliches-stoppsignal-fuer-erdoan-1.4151434

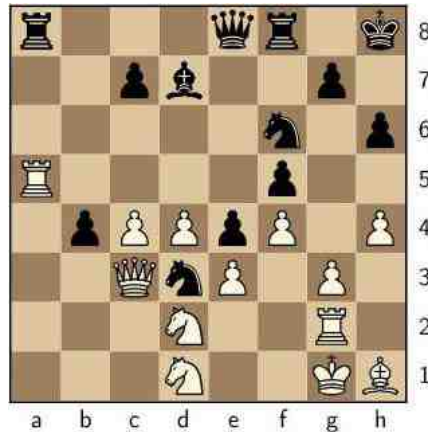
<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/herr1795.html>

SCHACH - SPHINX

Fluchtpunkt Nihilismus

(SB) - Alexander Aljechin haßte das Dasein nicht, er fand jedoch auch keinen Gefallen daran, und um diese Diskrepanz zu überbrücken und die Jahre seines Lebens erträglich zu machen, warf er sich dem Rausch in die Arme. Er trank zuweilen maßlos. Aber das Leben einfach verschwenderisch verbrauchen, um dann wie eine kleine Flamme ausgelöscht zu werden? Nein, dazu war Aljechin zu sehr Opportunist. Als Sproß einer Adelsfamilie im Verfallsstadium des zaristischen Rußlands hatte er diese Praxis lernen müssen. Die Zustände, in

die er hineingeboren wurde, verloren ihren Halt, verödeten, wurden sinnlos und fielen schließlich der Politik zum Opfer. Aljechin emigrierte. Aber Aljechin war auch ein klarer Denker und besessen von der Idee, Unsterbliches zu hinterlassen, wenn schon alles vor die Hunde ging, woran er geglaubt hatte. Von frühester Kindheit an galt ihm das Schachspiel als Rettungsanker vor dem schleichenden Nihilismus seiner Zeit, einer Zeit des Umbruchs, der Werteverfalls und der politischen Zuspitzungen. So wurde das Schach für ihn zum Sinnbild eines Lebens, auf das er hatte verzichten müssen. Und er tat es mit verzehrender Leidenschaft. Im heutigen Rätsel der Sphinx entzündete er durchaus den Funken des Genius, der im Schachspiel gemeinhin unerweckt schlummert. Sein Kontrahent Bogoljubow, wie er ein Vertriebener aus Rußland, spielte mit den weißen Steinen. Doch beider Neigungen



Bogoljubow - Aljechin
Hastings 1922

für das Schachspiel gingen verschiedene Wege. Bogoljubow war Pragmatiker. Ihm schwebte im Gegensatz zu Aljechin kein großer Traum vor, um dessen Erfüllung er ringen mußte. Aljechin hatte zuletzt 1...b5-b4 gespielt, und damit war die Partie im Grunde entschieden. Nach 2.Ta5xa8 De8xa8 3.Dc3-b3 Da8-a1 4.Db3-b1 Tf8-a8 hätte Aljechin eine Gewinnstellung herbeiführen kön-

nen. Aber er zog nicht das profane 2...De8xa8, er suchte etwas Sakrales, Wanderer, und fand es.

Auflösung des letzten Sphinx-Rätsels:

Ja, mit 1.Dd3-d6 De7xd6 2.Lc7xd6 Sc5-b7 hätte der schwedische Großmeister Ulf Andersson in der Tat um ein Remis kämpfen können, aber der Rumäne Florin Gheorghiu ließ es nicht soweit kommen und pflanzte seinen Läufer auf 1.Lc7-d6! Endlich mal einer, der gegen Andersson nicht auf Remis spielte, obwohl sich der Schwede den Ausgang der Partie sicherlich anders gewünscht hätte. Er gab auf, weil er nach 1...Sc5xd3 2.Ld6xe7 Sd3-e5 3.b5-b6 Se5-c6 4.b6-b7 den Springer hätte hergeben müssen, um die Umwandlung des Bauern zu verhindern.

<http://www.schattenblick.de/infopool/schach/schach/sph06702.html>

POLITIK / MEINUNGEN

Repression - eine alte Grausamkeit ...

(SB) 1. Oktober 2018 - Weltweit leben Hunderttausende indigener Kinder und Jugendliche in Internaten und sind dort vielfachen Repressionen ausgesetzt. Ihre eigene Kultur wird ihnen von den Mehrheitsgesellschaften systematisch ausgetrieben, berichtet die Internetseite Intercontinental Cry [1].

Weitgehend unbemerkt auch von den heimischen Medien wurde in Kanada am 30. September der "Orange Shirt Day" [2] begangen.

An diesem Datum wird seit 2013 des weit verbreiteten sexuellen Mißbrauchs, der Tötung und auch massenhaften Selbsttötung indigener Kinder in kanadischen Internaten, den sogenannten Residential Schools, gedacht. Ins Leben gerufen wurde der Orange Shirt Day von der Stammesälteren Phyllis Jack Webstad vom indigenen Volk der Stswecem'c Xgat'tem.

Als sie ein Kind war und ins Internat der St. Joseph's Mission in

William's Lake, kanadische Provinz British Columbia, kam, mußte sie sogleich ihr gelbes Lieblingshemd ausziehen, das sie von ihrer Familie geschenkt bekommen hatte und eine wichtige Erinnerung und Verbindung zu ihrer indigenen Herkunft darstellte. Das gelbe Shirt steht heute symbolisch für das Gedenken an die lange Zeit der Repression und das Bemühen, so etwas nie wieder geschehen zu lassen.

Ab Mitte des 19. Jahrhunderts wurden in Kanada jene Internate für Stammeskinder eingerichtet. Diese sollten "zivilisiert" werden. Da die Kinder auch untereinander nur Englisch oder Französisch sprechen durften, und ganze Generationen so erzogen wurden, gingen binnen kurzer Zeit zahlreiche Sprachen verloren. Die Internate wurden außerhalb der Reservate eingerichtet und waren häufig nur schwer zu erreichen. Das hat die Trennung der Kinder von ihren Eltern gefördert. Bei der sogenannten Aufarbeitung der Geschichte der Residential Schools durch die Royal Commission on Aboriginal Peoples kam heraus, daß allein in der kanadischen Provinz Ontario mehr als zehntausend Kinder körperlicher Gewalt und zusätzlich häufig auch sexuellen Mißbrauchs ausgeliefert waren [3].

Indigene Internatskinder wurden auch im Namen der Medizin gefoltert, indem man Pharmaversuche an ihnen durchführte - selbstverständlich ohne Wissen der Eltern. Außerdem wurden gesunde Kinder gemeinsam mit an Tuberkulose erkrankten Kindern unterrichtet, so daß sich die Krankheit weiter ausgebreitet hat. Schätzungen zufolge sind in den Residential Schools 6.000 Kinder der First Nations, Inuit und Métis infolge von unbehandelten Krankheiten und Mißhandlungen ums Leben gekommen.

Die Organisation Survival International geht davon aus, daß sich die Geschichte der kanadischen Internate gegenwärtig in anderen Weltregionen wiederholt, weil Einstellung und Haltung gegenüber Indigenen die gleichen sind: Die Kinder werden aus den familiären Zusammenhängen heraus-

gerissen und umerzogen, damit sie ihre Identität verlieren. Was sie an ihr Zuhause erinnert, wird systematisch ausgelöscht. Sei es, daß sie ihre Sprache nicht mehr sprechen dürfen, sei es, daß sie ihre Religion ablegen oder auch einen anderen Namen annehmen müssen.

Fast eine Million indigener Kinder in Asien, Afrika und Südamerika lebt in ähnlichen Verhältnissen, wie sie aus der Geschichte Kanadas bekanntgeworden sind, vermutet Survival International. Die Organisation hat geplant, eine größere Aufklärungskampagne zu diesem Thema zu initiieren.

Obwohl es starke Parallelen beim Mißbrauch von nicht-indigenen Kindern und Jugendlichen in Internaten zahlreicher anderer Länder gibt, wie nicht zuletzt die vielen hundert Mißbrauchsfälle in Deutschland zeigen - angefangen von den Regensburger Domspatzen über das katholische Internat Collegium Josephinum in Bad Münstereifel bis zu den Landesfürsorgeheimen in Schleswig-Holstein und der Odenwaldschule in Hessen - kommt bei den Berichten der Indigenen in Kanada, Malaysia, Indien, etc. eben jener Aspekt hinzu, daß nicht "nur" Einzelpersonen, sondern ganze Völker assimiliert wurden, was letztlich deren Auslöschung bedeutete. Die Folklorisierung der indigenen Kultur wäre hierzu nicht das Gegenmodell, sondern ihre Fortsetzung.

Der uralte Konflikt zwischen Menschen, die in Stammeskulturen leben, und jenen, die vergesellschaftet wurden und demgegenüber vereinzelt sind, ist bis heute nicht abgeschlossen. Davon wissen die Indigenen Nordamerikas ein Lied zu

singen. Nach der Invasion durch die Europäer wurden sie über Jahrhunderte hinweg in großer Zahl getötet, vertrieben, versklavt, verstümmelt und in Reservate eingepfercht. Die wenigen ihnen nach harten Kämpfen zugestandenen Rechte wurden wieder gebrochen und werden es bis heute, wie 2016 der Weiterbau der Dakota-Access-Erdölpipeline unterhalb eines für das Standing-Rock-Reservat unverzichtbaren Trinkwasserreservoirs gegen die Proteste von über hundert indigenen Stämmen in den USA gezeigt hat.

In der neuen Identität werden die indigenen Kinder zu arbeitswilligen Produktivkräften geformt, die ihr Leben der Gesellschaft überantworten, indem sie fremdbestimmte Arbeiten verrichten oder auch später einmal als Arbeitslose lediglich ihr Arbeitskraftpotential bereithalten, bis es "höheren" Orts angefragt wird. Als nicht fremdbestimmt dagegen könnte man beispielsweise Tätigkeiten bezeichnen, die nicht entlohnt werden, sondern die unmittelbar für ihren Stamm nützlich sind. Dazu kann zum Beispiel das Anfertigen von Kleidungsstücken gehören. Fremdbestimmt wäre die Arbeit, wenn die Kinder an eine Nähmaschine gesetzt werden und den ganzen Tag lang Kleidungsstücke für den heimischen oder Weltmarkt nähen müssen.

Regelmäßig zögen Bergbaukonzerne und religiöse Organisationen im Hintergrund an den Fäden, schreiben Jo Woodman und Alicia Kroemer auf Intercontinental Cry. Ein riesiges Internat in Indien, das sich rühme, "Heimat" für 27.000 indigene Kinder zu sein, erkläre öffentlich, es sei das Ziel, "primitive" Stammeskinder von

"Verbindlichkeiten in Vermögenswerte", von "Steuerverbrauchern in Steuerzahler" umzuwandeln. Zu den Partnerorganisationen des Internats gehörten auch Bergbaukonzerne, die versuchten, Zugriff auf jenes Land zu erlangen, das die Kinder ihre Heimat nennen. Die Eltern hätten das Internet als "Hühnerfarm" bezeichnet, in denen sich die Kinder wie "Gefangene" vorkommen. In jenem Bericht wird ein Experte zu Bildungsfragen der indischen Volksgruppe der Adivasi mit den Worten zitiert:

"Ihr ganzer Verstand wurde mittels einer Art von Bildung einer Gehirnwäsche unterzogen, die besagt: 'Bergbau ist gut', 'Konsumismus ist gut', 'Deine Kultur ist schlecht'. Stammesinternate sind Einrichtungen, die die Autobiographie jedes Kindes löschen, um sie durch das zu ersetzen, was zum 'Mainstream' paßt. Ist das kein Verbrechen im Namen der Schulbildung?"

Ergänzend zu dem von Jo Woodman und Alicia Kroemer verfaßten Bericht auf Intercontinental Cry wäre deshalb zu fragen, ob nicht konsequenterweise auch Alphabetisierungskampagnen, für die sich Nichtregierungsorganisationen oftmals aussprechen, zu den Repressionsmaßnahmen gegen indigene Gemeinschaften gezählt werden müßten, da Menschen nur deshalb lesen und schreiben müssen, um sich in die übergreifende Gesellschaft zu integrieren. Bildung gewährt gesellschaftliche Teilhabe, heißt es - aber was ist, wenn Menschen nicht an der ihrem Lebenszusammenhang des Stammes übergeordneten Gesellschaft teilhaben wollen?

Umgekehrt brauchen jene wenigen unkontaktierten Völker, de-

nen beispielsweise in Brasilien formalrechtlich Schutzstatus eingeräumt wird, zeit ihres Lebens weder zu lesen noch zu schreiben. Erst nachdem sie von Bergbaukonzernen, Holzfällern oder anderen Räubern aus ihrem angestammten Lebensraum vertrieben wurden und nun am Rande oder innerhalb von bestehenden Siedlungen leben, wäre für sie die Fähigkeit, lesen und schreiben zu können, von Vorteil. Vorher nicht.

Unter den gegebenen Bedingungen Indigenen Bildung zu verwehren, wie es teilweise in Kanada noch immer der Fall ist, setzt die Geschichte der Repression fort. Das hinter diesen Taten stehende sozialdarwinistische Denken, das im 19. Jahrhundert vorherrschende Ideologie war, ist bis heute nicht überwunden. Daran ändert auch nichts, daß sich hochrangige Vertreter von Kirche und Staat für den "kulturellen Genozid" entschuldigt haben. So lebt heute fast die Hälfte der indigenen Kinder in armen Verhältnissen. Wer in einer indigenen Familie zur Welt kommt, hat ein durchschnittlich sieben Jahre kürzeres Leben als der Durchschnittskanadier.

Anmerkungen:

[1] <https://intercontinentalcry.org/there-are-hundreds-of-thousands-of-indigenous-children-in-residential-schools-around-the-world-today/>

[2] <http://www.orangeshirtday.org/>

[3] <http://data2.archives.ca/e/e448/e011188230-01.pdf>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/meinung/pola1329.html>

POLITIK / BILDUNG

*Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin*

Rot-Rot-Grün beschließt klammheimlich im Senat die Schulprivatisierung

*Pressemitteilung von Gemeingut
in BürgerInnenhand (GiB),
28. September 2018*

Berlin - 28.09.2018. "Wir haben es aus der Presse erfahren", so beschreibt Carl Waßmuth, eine der fünf Vertrauenspersonen der Volksinitiative "Unsere Schulen" und Vorstand von Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB) die empörende Situation. Focus online berichtete am späten Nachmittag des 26. September, dass die Howoge GmbH künftig große Sanierungs- und einen Teil der Neubaumaßnahmen beim Investitionsprogramm zur Schulbauoffensive übernehme.

"Eine entsprechende Vorlage von Finanzsenator Dr. Matthias Kollatz hat der Senat heute - nach Stellungnahme durch den Rat der Bürgermeister - beschlossen", weiß das Portal zu berichten [1]. Auf der Seite des Regierenden Bürgermeisters findet sich eine entsprechende Pressemitteilung, die auf eine Beschlussfassung des Senats am 25. September abhebt [2].

Carl Waßmuth weiter:

"Es macht schon stutzig, dass keine der großen Berliner Zeitungen die Pressemeldung aufgegriffen hat, obwohl sie alle seit Monaten das Thema begleiten. Wie wurden

sie informiert? Wir müssen annehmen, dass der Senat mehr oder weniger klammheimlich Fakten geschaffen hat. Zur Heimlichkeit des Vorhabens passt, dass seit Monaten unsere Anfragen nach Informationsfreiheitsgesetz auf Akteneinsicht zu den Howogevorgängen abgewiesen werden. Die Howoge verweist auf das Geschäftsgeheimnis, der Senat behauptet, keinerlei Akten oder Unterlagen angelegt zu haben [3]."

Gerlinde Schermer, gleichfalls Vertrauensperson der Volksinitiative:

"Der Senat hat scheinbar Angst vor Fakten. Während wir noch auf den Anhörungstermin im Hauptausschuss warten - es deutet sich an, dass die Anhörung am 7. November stattfinden soll, aber eine Entscheidung dazu soll erst am 8. Oktober fallen -, versucht der Senat über seinen Beschluß vor der Parlamentsberatung den Regierungsfractionen den Rückzug zu verbauen. Die bisher öffentlichen Schulgrundstücke sollen bis 2022 mit 1,5 Mrd. EUR außerhalb des Landeshaushaltes beliehen werden, das ist der wahre Kern und die Antriebskraft des Finanzsenators für windige Vertragskonstrukte. Dafür sollen die Bürgermeister der zwölf Bezirke 33-Jahres-Verträge unterschreiben, ohne die Folgen überschauen zu können. Die Bezirke sind ja für die Schulen zuständig, nicht der Finanzsenator. Wir haben ein Recht auf Finanzierung des Schulbaus aus öffentlichem Haushaltsgeld! Dafür zahlen wir Steuern."

GiB kann aus der Pressemitteilung des Senats nicht entnehmen, dass es gegenüber der Be-

schlussvorlage des Finanzsenators vom April positive Fortschritte gibt. Die Kostenkontrolle wird an ein privatrechtliches Unternehmen abgegeben. Damit beschließt der Senat rund sechs Wochen vor der Anhörung der Volksinitiative "Unsere Schulen" ein Privatisierungs-Konzept, das nach der Bankenkrise, der Wasserprivatisierung und dem BER-Desaster für Berlin ein neues Finanzabenteuer bedeutet.

"Viele Bürgerinnen und Bürger Berlins wollen genau das nicht und haben daher unsere Volksinitiative unterschrieben. Wir haben mehr als 30.000 Unterschriften gesammelt und sind seit Anfang August offiziell als Volksinitiative anerkannt. Das Vorgehen des Senats ist ein Schlag ins Gesicht der direkten Demokratie", findet Carl Waßmuth. Der Bauingenieur und Infrastrukturexperte ist auch Elternvertreter und kann bestätigen, dass viele der gesammelten Unterschriften von Eltern und SchülerInnen kommen.

"Demokratie darf man nicht lernen, sondern muss man erleben" [4], schreibt der Landesverband Berlin von Bündnis90/Die Grünen auf seiner Webseite. Gemeingut in BürgerInnenhand lebt Demokratie mit seinen Aktivitäten für den Erhalt der öffentlichen Daseinsvorsorge, erlebt sie aber nicht im politischen Alltag der Hauptstadtregierung.

Über den Autor

Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB) tritt ein für die Bewahrung und Demokratisierung öffentlicher Einrichtungen der Daseinsvorsorge. Gemeingüter wie Was-

ser, Bildung, Mobilität, Energie, öffentlichem Grün und vieles andere soll zurückgeführt werden unter demokratische Kontrolle. Ein inhaltlicher Schwerpunkt unserer Arbeit gegen Privatisierung ist die Aufklärung über ÖPP.

Anmerkungen:

[1] https://www.focus.de/regional/berlin/senatskanzlei-berlin-berliner-schulbauoffensive-senat-beschliesst-beteiligung-der-landeseigenen-howoge-an-sanierungs-und-neubaumassnahmen_id_9663838.html

[2] <https://www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/pressemitteilungen/pressemitteilung.742923.php>

[3] Antwort der Senatsverwaltung für Finanzen auf eine IFG-Anfrage zur HOWOGE im Rahmen der Berliner Schulbauoffensive vom 21.09.2018

[4] <https://gruene.berlin/nachrichten/demokratie-beginnt-im-schulsystem>

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0 <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/bildung/pbsch756.html>

POLITIK / UNO / MELDUNG

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

Internationaler Vertrag für Atomwaffenverbot nach nur einem Jahr zu 38% in Kraft

von Tony Robinson, 29. September 2018

27.09.2018 - Anlässlich des Internationalen Tages für die vollständige Abschaffung von Atomwaffen feiern Friedensaktivisten auf der ganzen Welt die riesige Errungenschaft, den Internationalen Vertrag für ein Atomwaffenverbot um bereits fast die Hälfte auf den Weg gebracht zu haben. Am 26. September wird des Tages gedacht, an dem im Jahre 1983 Oberst Stanislav Petrov von der Sowjetischen Luftwaffenabwehr die Protokolle umging und eigenständig entschied, dass es sich bei den auf dem Bildschirm erscheinenden eingehenden Atomwaffen um einen falschen Alarm handelte und er daher nicht seine Vorgesetzten informierte. Dieser Handlung wird zugeschrieben, damals nicht weniger als einen atomaren Krieg verhindert zu haben, der die menschliche Zivilisation, wie wir sie kennen, hätte auslöschen können.

Der Anstieg der Ratifizierungen des Internationalen Vertrages in dieser Woche geht einher mit der Vollversammlung der Vereinten Nationen, zu der Regierungschefs aus aller Welt nach New York kamen, und anlässlich derer Aktivisten der International Campaign to Abolish Nuclear Weapons ICAN [1] die Gelegenheit nutzten, um noch weitere Unterschriften und Ratifizierungen zu sammeln.

So unterzeichneten heute Antigua und Barbuda, Benin, Brunei, Gui-

nea-Bissau, Myanmar, die Seychellen und Osttimor, während Gambia, Samoa, San Marino und Vanuatu alle ihre Ratifikationsinstrumente hinterlegten; Angola und Santa Lucia sollen morgen unterschreiben.

Der Internationale Vertrag für das Atomwaffenverbot erweist sich somit als der effektivste Abrüstungsvertrag, der die meisten Unterschriften in so kurzer Zeit auf sich vereinen konnte. Geht es in dieser Geschwindigkeit weiter, könnte er bereits 2020 in Kraft treten, wenn die Überprüfungskonferenz zum Atomwaffensperrvertrag erneut Staaten mit Atomwaffen zusammenbringen wird, um ernsthaft über Abrüstungsverpflichtungen zu sprechen.

Zu diesem Thema fand heute auch ein hochkarätiges Meeting der Vollversammlung in New York statt, das ebenfalls an dieses wichtige Datum erinnert. Bei dem Event sagte UN-Generalsekretär Antonio Guterres: "Der einzige sichere Weg, um die Bedrohung durch Atomwaffen abzuschaffen, ist der, Atomwaffen selber abzuschaffen". Im Bezug auf den Atomwaffensperrvertrag, der seit 1970 existiert, fügte Guterres hinzu: "Dieser Vertrag ist der Beweis für die anhaltende Notwendigkeit sowie den großen Nutzen von multilateralen Verhandlungen."

Einige Länder hingegen wiederholten anlässlich des hochkarätigen Meetings ihre alten scheinheiligen Reden der vorangegangenen Jahre. So sagte der niederländische Premierminister Mark Rutte der Versammlung: "Die verheerenden Konsequenzen des Gebrauchs von Massenvernichtungswaffen unterstreichen die dringende Notwendigkeit zum Handeln. Der Gebrauch solcher Waffen darf niemals zur Norm werden". Und er sagte dies ohne jegliche mitklingende Ironie, obwohl die Niederlande Atomwaffen auf ihrem Gebiet stationiert haben, an den Vorbereitungen für deren Gebrauch beteiligt sind und sich weiterhin weigern, den Internationalen Vertrag für ein Atomwaffenverbot zu unterzeichnen.

Anmerkung:

[1] <https://www.icanw.de/>

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/uno/punm0296.html>

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

Die ewige Wiederkehr der Argentinischen Krise

von Amelie Lanier; Untergrund-Blättle, 30. September 2018

Der Abzug von Kapital aus den Schwellenländern beeinträchtigt die Wirtschaft. Der Peso hat seit Januar 50 % seines Wertes eingebüsst, der Zinsfuß steht bei 60 %, die Inflation wächst in einem fort und das BIP wird 2018 schrumpfen." (El País, 16.9.2018)

Der Titel des Artikels gibt schon vor, wie man die Sache betrachten soll: Argentinien ist einfach ein Krisenland, nichts zu machen, das ist eine Eigenart dieses Landes. (Hat natürlich nichts mit Kapitalismus, Geld, Kredit, Weltwirtschaft und dgl. zu tun.) Auch der Begriff des "Schwellenlandes" (im Original heisst es: "aufstrebenden Landes") hat es an sich, obwohl das sozusagen als Selbstverständlichkeit unterstellt wird: Es gibt einen Haufen Länder, die bemühen sich ständig, so erfolgreich zu werden wie wir hier in Europa, und das ist ja auch redlich und gut, sie schaffen es aber einfach nicht.

Niemand fragt nach, warum eigentlich diese Länder schon so lange in der Warteschlange zur erfolgreichen Kapitalakkumulation stehen, aber partout nie den Schritt über die "Schwelle" tun.

Auch das mit der Wiederkehr der Krise hat es in sich. Wir haben ja im Verlauf der letzten zehn Jahre einen Haufen Schuldenkrisen erlebt, die EU schiebt einen riesigen

Schuldenberg vor sich her, von den Maastricht-Kriterien hört man schon lange nichts mehr - und jetzt sollen die Probleme Argentiniens so betrachtet werden, als wäre das ganz was Besonderes, hinter den sieben Bergen bei den sieben Zwergen, und hat mit "uns" überhaupt nichts zu tun.

Die Vorgeschichte

Unter dem Finanzminister der Regierung von Carlos Menem, Domingo Cavallo, schloss Argentinien mit dem IWF 1991 ein Abkommen, das als "Plan Cavallo" in die Geschichte einging. Die argentinische Regierung privatisierte alles, was nur ging, und der IWF bescheinigte im Gegenzug, dass der Peso so viel wert sei wie der Dollar. Diese Dollar-Peso-Parität, genannt "currency board", galt damals als das non-plus-ultra der Inflationsbekämpfung und Geldwertstabilität, der "Plan Cavallo" wurde als Geniestreich gelobt. Im Zuge dieser Euphorie, endlich den Stein der Weisen gefunden zu haben, führte Ecuador im Jahr 2000 gleich den Dollar ein, um es noch besser zu machen.

Heute ist diese Politik vorbei. Auf eine kritische Betrachtung seitens der Wirtschaftswissenschaften oder gar eine Selbstkritik des IWF wartet man bisher vergeblich. Das Currency Board starb 2002.

Die Privatisierung führte zu grossflächigen Betriebsschließungen, beraubte das Land eines guten Teils seiner Produktion und erhöhte den Importbedarf Argentiniens. Die USA und vor allem die EU waren die Gewinner, ihnen erschloss sich ein Markt. Und ein zahlungsfähiger, da ihre Gewinne aufgrund der Peso-Dollar-Parität problemlos transferierbar waren.

Um den ständig wachsenden Importbedarf zu finanzieren, begab Argentinien jede Menge Anleihen auf den Börsen von New York und Frankfurt. Sie waren lange Zeit sehr begehrt, aber mit der Zeit musste Argentinien immer höhere Zinsen anbieten, um sie loszuwerden. Zum gestiegenen Importbedarf gesellte sich ein ständig wachsender Schuldendienst. Als sich bereits dunkle Wolken über Argentinien zusammenzogen, verhandelte es mit dem IWF einen neuen Beistandskredit. Der Devisenschatz war aber bereits so geschrumpft, dass der Wunderknabe Cavallo (heute unterrichtet er wieder Wirtschaftswissenschaften in Harvard) die Sperre der Bankguthaben verfügte. Im darauf folgenden Volksaufstand trat die Regierung De La Rúa zurück, Argentinien war zwei Wochen ohne Regierung, der IWF hatte keinen Verhandlungspartner mehr, und Argentinien war zahlungsunfähig.

Unter dem 2003 gewählten Präsidenten Néstor Kirchner wurden mit über 90 % der Gläubiger Argentiniens Vergleiche geschlossen, denen zufolge sie auf einen guten Teil ihrer Forderungen verzichteten, um überhaupt etwas von ihrem Geld zu sehen.

Argentinien konnte sich allerdings seit dem Bankrott Anfang 2002 nicht mehr auf den internationalen Finanzmärkten verschulden. Obwohl man an diesem Fall schön studieren kann, wer bei den Krediten an Argentinien gut gefahren ist und wie sehr sie Argentinien geschadet haben, war die Sehnsucht gross, wieder in den Schoss des Finanzkapitals zurückzukehren. Nur mit Hilfe Venezuelas und Chinas kamen die Regierungen von Néstor und Christina Fernandez de Kirchner an Kredit. Auf eine Zusammenarbeit mit dem IWF war niemand neugierig.

Macri verspricht die Lösung aller Probleme

Der zum Jahresende 2015 gewählte Präsident Mauricio Macri versprach, mit allen angeblichen Fehlern seiner Vorgängerregierungen aufzuräumen. Er verhandelte offensichtlich im Vorfeld seiner Wahl mit Gläubigern und Banken, dem Gericht in New York, den "Geierfonds" usw. und versprach jede Kooperation. Auch zu Hause gelang es offenbar, die Unternehmerschaft und die politische Klasse davon zu überzeugen, dass sich unter ihm alles zum Guten wenden würde. Über das auch in Argentinien vorhandene Klientelwesen reichte das dann für einen Wahlsieg, der von der interna-

tionalen Presse euphorisch begrüsst wurde.

Mit unglaublicher Idiotie und Verdrehung der Tatsachen wurde das Notprogramm, das unter den Kirchners die argentinische Ökonomie in Gang hielt, als "Misswirtschaft" abgetan. Der Bankrott 2001/2002 war keiner Erwähnung wert, und soziale Programme wie die Stützung von Energie- und Lebensmittelpreisen und rudimentäre Zuwendungen an die Ärmsten der Armen wurden als Geldverschwendung, unterlassene infrastrukturelle Reparaturen als Korruption und Schlendrian verurteilt. Auch die chinesischen Investitionen wurden heruntergemacht, sie brächten "eigentlich" Argentinien nichts.

Zum Unterschied von den Reformen, die Macri vorhätte, da würden natürlich blühende Landschaften entstehen. Denn eigentlich sei Argentinien ja

"Ein reiches Land"

Diese Phrase erklingt mit schöner Regelmässigkeit in den Medien, wenn irgendwo eine missliebige Regierung angeschwärzt werden soll. Da werden auf einmal Möglichkeiten des Wohlstands entdeckt, und auf seltsame Art und Weise der Unterschied bzw. Gegensatz zwischen abstraktem und konkretem Reichtum dingfest gemacht.

Argentinien verfügt über grosse, sehr fruchtbare und klimatisch begünstigte landwirtschaftliche Flächen. Während die Pampas im 19. Jahrhundert zwar als Viehweide dienten, aber hauptsächlich das Leder auf dem Weltmarkt

nachgefragt wurde, wurde Argentinien im 20. Jahrhundert ein grosser Agrarproduzent. Nach beiden Weltkriegen versorgte Argentinien das zerstörte Europa sehr günstig mit Getreide und Fleisch. Dem Präsidenten Juan Domingo Perón war diese Rolle jedoch nicht genug, er wollte zusätzlich eine eigene Industrie aufbauen, um die Hemdlosen mit heimischen Produkten zu bekleiden und auf dem Weltmarkt als gleichberechtigter Partner und nicht bloss als Rohstofflieferant auftreten zu können.

Die unter Perón aufgebaute Industrie wurde mit dem Menem-Cavallo-IWF-Privatisierungsprogramm grösstenteils stillgelegt. Unter Cristina Fernandez de Kirchner kam es zu Wiederverstaatlichungen - ein Versuch, wieder etwas wie eine eigene Produktion aufzubauen.

Damit machte sich die argentinische Regierung nicht beliebt, weder beim IWF, noch bei den Politikern von EU und USA, noch bei Medien und "Experten". Ein Land wie Argentinien soll sich gefälligst verschulden, um uns dann unser Zeug abkaufen zu können!

Was die agrarische Produktion angeht, so kam Argentinien auch am Höhepunkt des Rinderwahnsinns nicht zum Zug - die junge EU war 1992-3 nicht bereit, die Quoten für garantiert BSE-freies argentinisches Rindfleisch zu erhöhen, da sie ihren Agrarmarkt schützen wollte.

Bereits zu Zeiten der Dollarparität waren beträchtliche Teile der Bevölkerung der Nordprovinzen mangelernährt, da die Produkte der fetten Weiden und Äcker bei

ihnen nur spärlich ankamen. Auch innerhalb Argentiniens muss man nämlich für Lebensmittel Geld hinlegen, und genau davon hatten viele Bürger Argentiniens einfach zu wenig. Nach dem Bankrott 2002 verhungerten in den nördlichen Provinzen jede Menge Kleinkinder, und auch heute ist es nicht so, dass der angebliche "Reichtum" dieses Landes der Mehrheit seiner Bewohner zu Gute käme. Inzwischen sind nämlich weite Flächen des Landes auf Cash Crops, Produkte für den Devisenexport reserviert. Vor allem Soja, mit jeder Menge Monsanto-Chemie aufgeblasen, wächst heute in Argentinien, der Haupt-Abnehmer dieses Produktes ist China.

Was Argentiniens fette Böden angeht, so trifft Eduardo Galeanos Überschrift von der "Armut des Menschen als Ergebnis des Reichtums der Erde" zu. Er charakterisierte damit die Kolonialzeit, aber die Marktwirtschaft hat hier ein möglicherweise noch durchschlagenderes Ergebnis: Alles, was sich in Argentinien zu Geld machen lässt, soll als Geschäftsmittel dienen, damit soll Argentinien seine Schulden zahlen, so die ultimative Weisheit von IWF, Wirtschaftsexperten und G20-Gipfeln. Wenn die Bevölkerung hungert oder massenhaft auswandert, so ist das eben Pech. Schicksal hat jedoch mit Geschäft, Gewinn und Kredit nichts zu tun.

Macri wurde beklatscht, weil er das genauso sieht.

Argentinien und die Drogen

Argentinien war lange Zeit für den internationalen Drogenhan-

del ziemlich unwichtig. Die Kokainproduktion wurde nach Norden oder Osten verschifft, ausgeflogen oder sonstwie transportiert. Die Märkte waren in den USA und Europa.

Seit dem Zusammenbruch der Ökonomie nach dem Bankrott 2002 wurde Argentinien jedoch immer wichtiger für den Handel, sowohl als Abnehmer-, als auch als Transitland. Der soziale Abstieg und das Elend liessen den Konsum an harten Drogen ansteigen. Die Kämpfe der USA-Drogenbehörde DEA gegen den Drogenanbau und -handel in Kolumbien und Mexiko brachten die Drogenkartelle darauf, andere Vertriebsrouten zu suchen. Und sie entdeckten Argentinien als Land guter Strassen und Häfen, wo aufgrund der unerfreulichen wirtschaftlichen Umstände nicht so genau darauf geachtet wurde, was da so durch das Land fuhr und über die Häfen verschifft wurde.

Schliesslich entdeckte der Drogenhandel auch Argentinien als Möglichkeit zur Geldwäsche. Der Anlagebedarf der Kartelle verschaffte Argentinien einen Immobilienboom und brachte Devisen ins Land.

Mittlerweile haben sich in Argentinien auch Labors für synthetische Drogen etabliert. Es ist also auch selbst zu einem Drogenproduzenten geworden.

Alle diese Sphären bringen Argentinien die dringend benötigten Devisen und wurden deshalb weder von den Kirchner-Regierungen noch von ihren Nachfolgern besonders bedrängt.

Die Entwicklung der Schuld

Als die Regierung Macri sich mit denjenigen Gläubigern einigte, die den Kirchnerschen Vergleichen nicht zugestimmt und Argentinien verklagt hatten, und ihnen die Schuld vollständig zurückzahlte, erkannte Argentinien damit de facto die gesamte Alt-schuld an. Mit dieser Einigung wuchs also die Schuld Argentiniens gewaltig an. Dafür erhielt Argentinien wieder Kredit, sodass auch die Neuverschuldung rasant zunahm.

Es ist anzunehmen, dass Macri bei seinen Verhandlungen mit den grossen US-Banken Versprechungen gemacht wurden, die dann nicht eingehalten wurden. Ihnen ging es um die Anerkennung der Altschuld.

"Die Staatsschuld, d.h. die Veräusserung des Staats - ob despotisch, konstitutionell oder republikanisch - drückt der kapitalistischen Ära ihren Stempel auf. Der einzige Teil des sogenannten Nationalreichtums, der wirklich in den Gesamtbesitz der modernen Völker eingeht, ist - ihre Staatsschuld. ... Der öffentliche Kredit wird zum Credo des Kapitals. Und mit dem Entstehen der Staatsverschuldung tritt an die Stelle der Sünde gegen den heiligen Geist, für die keine Verzeihung ist, der Treubruch an der Staatsschuld." (Marx, Kapital I, Kap. 24/6)

Es ging also nur darum, einen Blöden - oder Agenten - zu finden, der diese Schuld wieder dem argentinischen Staat bzw. der argentinischen Bevölkerung umhängt. Macri hat in diesem Sinne seine Schuld getan und kann ge-

hen. Er kann sich als Verdienst anrechnen, die argentinische Schuld gewaltig erhöht zu haben - es ist noch nicht genau herausgesen, auf wieviel, die Rede ist von 200 bis 300 Milliarden Dollar, es kann aber auch mehr sein.

Die Sache ist damit aber noch nicht durchgestanden. Der Peso hat in diesem Jahr die Hälfte seines Wertes verloren, der Schuldendienst ist gewaltig, da teilweise zu 40 % verzinste Anleihen ausgegeben wurden. Inzwischen ist der Zinsfuß auf 60 % angeklagt, der IWF verhandelt in einem fort, auf ein Stützungsprogramm folgt das nächste.

Einen neuerlichen Bankrott kann sich Argentinien und vor allem das Weltfinanzsystem nicht leisten. Ob es gelingt, ihn zu verhindern, und wie, wird sich in den nächsten Monaten herausstellen.

Erstveröffentlicht bei:

http://www.xn--untergrund-blittle-2qb.ch/politik/lateinamerika/argentinien_die_ewige_wiederkehr_der_krise_5004.html

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0

<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur

Pressenza - Büro Berlin

Reto Thumiger

E-Mail:

redaktion.berlin@pressenza.com

Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/wirtsch/pwmg0076.html>

RECHT / MEINUNGEN / STELLUNGNAHME

*pool - Pressedienst lateinamerikanischer
Nachrichtenagenturen*

Chile / Deutschland

Justizversagen im Fall Colonia Dignidad nimmt kein Ende

(Berlin, 26. September 2018, fdcl)

- Das Oberlandesgericht Düsseldorf hat die Vollstreckung der chilenischen Verurteilung von Hartmut Hopp abgelehnt. Die bundesdeutsche Justiz ermittelt seit fast sechs Jahrzehnten ergebnislos gegen Täter*innen der Colonia Dignidad (CD). Seit den ersten Ermittlungen gegen Paul Schäfer im Jahr 1961 wurde hierzulande keine einzige Anklage gegen Täter*innen der CD erhoben. Nach jahrzehntelangen Ermittlungen bei der Staatsanwaltschaft Bonn ermittelt die Staatsanwaltschaft Krefeld nunmehr seit sieben Jahren gegen Hartmut Hopp. Laut Oberstaatsanwalt Axel Stahl sei man in den Ermittlungsverfahren wegen Mordes, Körperverletzung und Beihilfe zum sexuellen Missbrauch jedoch noch sehr weit von einem hinreichenden Tatverdacht entfernt [1]. Mit der aktuellen Entscheidung des OLG Düsseldorf [2] zugunsten von Hartmut Hopp geht das bundesdeutsche Justizversagen in die nächste Runde. Chile hatte Deutschland um die Vollstreckung eines rechtskräftigen chilenischen Urteils zu fünf Jahren Haft gegen Hopp aus dem Jahr 2013 gebeten. Damit verwirft das OLG die Möglichkeit, erstmalig in Deutschland einen Täter der CD ins Gefängnis zu schicken. Hopp war 2011 aus Chile nach Deutschland geflüchtet und lebt

seitdem straflos in Krefeld. Weitere mögliche Täter*innen der CD, gegen die ebenfalls chilenische Haftbefehle erlassen wurden, leben ebenfalls seit Jahren straflos in der Bundesrepublik.

"Die Untätigkeit gegenüber Tätern der Colonia Dignidad ist unerträglich und stellt einen Justizskandal dar", so Jan Stehle, der das Thema CD im FDCL bearbeitet. "Der Beschluss des Textes des Düsseldorfer Landgerichts übernimmt die Sprache der Täteranwälte und bestärkt das Schweigekartell der Verbrecher der Colonia Dignidad. Deutschland ist zum sicheren Hafen für Menschenrechtsverbrecher geworden", so Stehle. "Dieser Beschluss im Jahr 2018 ist auch in politischer und historischer Sicht fatal und ein Schlag ins Gesicht der Opfer. Diese warten nach mehr als einem halben Jahrhundert Straflosigkeit auf ein Sandkörnchen Gerechtigkeit seitens der bundesdeutschen Justiz, die bei der Aufarbeitung der Verbrechen bislang vollständig versagt hat."

Schlag ins Gesicht der Opfer

Der Beschluss des OLG Düsseldorf hält die im chilenischen Urteil gegen Hopp aufgeführten Gründe für nicht ausreichend, obwohl für eine Vollstreckungsüber-

nahme laut dem Internationalen Rechtshilfegesetz (IRG) keine Beweiswürdigung notwendig ist. Stattdessen übernimmt der Beschluss das Narrativ der Täter, nachdem in der Colonia Dignidad neben der Begehung von Verbrechen auch gute soziale Arbeit geleistet worden sei. Rechtsanwältin Petra Schlagenhaut, Vorsitzende des FDCL, die mehrere Opfer in den deutschen Verfahren gegen Hartmut Hopp vertritt, dazu: "Der Beschluss stellt sich in eine lange Reihe von Entscheidungen der deutschen Justiz, die die tatsächlichen Verhältnisse in der CD unzutreffend beurteilen, und setzt de facto die für die Täter der CD herrschende Straflosigkeit fort. Wer davon ausgeht, dass es in der CD überwiegend normal und sozial adäquat zugeht, hat nichts verstanden." Schlagenhaut fordert eine Ausweitung und Beschleunigung der deutschen Ermittlungen gegen Hopp bei der Staatsanwaltschaft Krefeld. "Es gibt neben dem chilenischen Urteil noch ein genuin deutsches Ermittlungsverfahren wegen derselben Vorwürfe gegen Hartmut Hopp, in dem die zuständige Staatsanwaltschaft nunmehr aufzufordern ist, den Sachverhalt umfassend zu ermitteln und die Beweisangebote, die seit Jahren vorliegen, auszuschöpfen."

Auch Rechtsanwalt Hernán Fernández, der die Opfer in dem chilenischen Verfahren vertrat, das zur Verurteilung von Hopp wegen Beihilfe zum sexuellen Missbrauch führte, zeigte sich bestürzt. "Der Beschluss des OLG Düsseldorf ist beschämend. Anstatt die Rechtsstaatlichkeit der chilenischen Verfahren zu bemängeln, sollte die deutsche Justiz ihrer eigenen Verantwortung nachkommen und Täter wie Hartmut

Hopp zur Rechenschaft ziehen. Dies ist ein düsterer Tag für die Gerechtigkeit. Wir werden jedoch weiterhin alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, damit die Täter nicht straflos ausgehen. Wenn die deutsche Justiz versagt, werden wir auch prüfen, ob auf europäischer Ebene Rechtsmittel möglich sind."

Anmerkungen:

[1] https://rp-online.de/nrw/staedte/krefeld/olg-duesseldorf-colonia-dignidad-arzt-hartmut-hopp-muss-nicht-hinter-gitter_aid-33276023

[2] http://www.olg-duesseldorf.nrw.de/behoerde/presse/Presse_aktuell/20180925_PM_Colonia_Dignidad/20180920-Beschluss-III-3-AR-158-17-.pdf

URL des Artikels:

www.npla.de/poonal/wir-dokumentieren-justizversagen-im-fall-colonia-dignidad-nimmt-kein-ende/

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/recht/meinung/rms00067.html>

EUROPOOL / RECHT

*Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin*

Helsinki-Kommission Ungarn ergreift rechtliche Schritte, um die Anti-NGO- Gesetze anzufechten

*Pressemitteilung von Gemeingut
in BürgerInnenhand (GiB),
28. September 2018*

Die Ungarische Helsinki-Komitee (HHC) reichte beim Ungarischen Verfassungsgericht und beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) eine Beschwerde gegen die neue Strafbestimmung ein, die die Unterstützung von Asylbewerbern mit Freiheitsstrafe bedroht. Dieses Gesetz, die sogenannte "Einwanderungssteuer", kann nur in Straßburg angefochten werden, da die mitentscheidende Mehrheit dem Verfassungsgericht vor Jahren das Recht auf Überprüfung der Steuergesetze entzogen hat.

Seitdem die ungarische Regierung Maßnahmen gegen zivilgesellschaftliche Organisationen ergriffen hat, setzt sich der HHC in allen möglichen Foren gegen diese ein. In unserem schriftlichen Beitrag beweisen wir mit Verfassungs- und Menschenrechtsargumenten, dass die neuen Rechtsvorschriften nur dazu dienen, zivilgesellschaftliche Organisationen einzuschüchtern. Ausserdem sind sie verfassungswidrig und verletzen grundlegende Menschenrechte.

Wir erleben nach wie vor die anhaltenden Angriffe der Regierung

auf unabhängige zivilgesellschaftliche Organisationen mit dem Ziel, ihre Arbeit zu behindern und diese zum Schweigen zu bringen. Ein weiterer Schritt in diesem Prozess war, als das ungarische Parlament in diesem Sommer ein neues Gesetz zur Kriminalisierung von Asylbewerbern verabschiedete und die sogenannte "Einwanderungssteuer" einführte. Um diese anzufechten, wandte sich der HHC an das ungarische Verfassungsgericht und den EGMR.

Das Komitee hat das Gesetz zur Kriminalisierung von Asylbewerbern sowohl in Straßburg als auch in Ungarn angefochten. Das Gesetz droht mit strafrechtlichen Sanktionen nicht nur für HHC-Mitarbeiter, sondern für alle, die Asylbewerbern helfen. Die Kriminalisierung hat keinen legitimen Zweck, ist unnötig und unverhältnismäßig. Der Wortlaut des neuen Gesetzes ist äußerst vage und erlaubt eine willkürliche Umsetzung durch die Behörden.

Der HHC konnte die Sondersteuer auf Einwanderung vor dem ungarischen Verfassungsgericht

nicht anfechten, weil die Regierungskoalition eine Verfassungsgesetzgebung verabschiedet hat, die den Bürgern das Recht vorenthält, sich in Steuersachen an das Verfassungsgericht zu wenden. Daher steht uns in dieser Angelegenheit nur das Straßburger Gericht zur Verfügung.

Der Antrag des HHC macht geltend, dass die Sondersteuer von 25% ungerecht ist: statt einer offenen Debatte hält die Regierung an der Lösegeldforderung für diejenigen fest, die sich ihren Ansichten widersetzen. Das neue Steuergesetz behindert die Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen, da die Formulierung bewusst zweideutig ist, um die Geber abzuschrecken. Die Mitteilung der Regierung nach der Verabschiedung des Gesetzes war klar: eine der Zielorganisationen ist das ungarische Helsinki-Komitee. Wir sind jedoch optimistisch, dass wir unsere Wahrheit vor einem wirklich unabhängigen Gerichtsforum verteidigen können.

Die beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eingereichte Beschwerde zur Kriminalisierung von

Asylbewerbern finden Sie unter (Englisch):

https://www.helsinki.hu/wp-content/uploads/Application_HH-C_SS3.pdf

Die beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eingereichte Beschwerde über die 25%-ige Sonderaufgabe finden Sie unter (Englisch):

[2] https://www.helsinki.hu/wp-content/uploads/Application_HH-C_25_percent.pdf

Link zur Pressemitteilung (Englisch):

<https://www.helsinki.hu/en/the-hungarian-helsinki-committee-takes-legal-action-to-challenge-the-anti-ngo-laws/>

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0

<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur

Pressenza - Büro Berlin

Reto Thumiger

E-Mail:

redaktion.berlin@pressenza.com

Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/europool/recht/eurm0099.html>

BUCH / SACHBUCH / BUCHBESPRECHUNG

**Der Falke -
Taschenkalender für Vogelbeobachter 2019**

(SB) - 2018 "war" kein gutes Jahr für Vögel. "Stummer Frühling" lautete im Mai der Titel einer Kleinen Anfrage einiger Abgeordneter sowie der Grünen-Frak-

tion im Bundestag. Die Bundesregierung bestätigte "signifikante Bestandsabnahmen" und einen "in den letzten 12 Jahren insgesamt steigenden Druck auf die

Brutvogelbestände". Die Vogelpopulation ist weltweit stark rückläufig, in den vergangenen 30 Jahren hat sie sich in Deutschland halbiert [1]. Und der Trend hält

**Der Falke
Taschenkalender für
Vogelbeobachter 2019**

AULA-Verlag GmbH,
Wiebelsheim 2018
256 Seiten, 7,90 EUR
ISBN 978-3-89104-820-7

an. "Stummer" Frühling - "tödlicher" Sommer: Finken und Amseln, bislang selbstverständliche Garten- und Flurbegleiter sind in Not. Der Ausblick auf 2019 ist Schweigen.

Zu drastisch formuliert? Es mag etwas verwundern, daß Norbert Schäffer, Chef-Redakteur des vogelkundlichen Journals Der Falke und Vorsitzender des bayrischen Landesbundes für Vogelschutz, LBV, in seinem Begleitwort zum Taschenkalender für Vogelbeobachter kein Wort darüber verliert - ganz im Gegensatz zu früheren Ausgaben dieses Jahresbegleiters. Schäffer legt den Schwerpunkt auf Vogelbeobachtung als Gewinn für den Menschen als soziales Wesen - den Aufenthalt an der frischen Luft, wichtigen Zugang zur Natur, be-

tont die gesundheitlichen Aspekte und empfiehlt, Augen und Ohren offen zu halten. Man könnte höchstens spekulieren, daß sich alles andere dann schon ergibt. Schade.

Brauchen Vögel einen Kalender? Gewiß nicht. Aber Menschen richten sich gerne danach. Der kleine Taschenkalender mit doppelseitigem Vogelfoto für jeden Monat bietet jetzt das übliche Kalendarium sowie einige nützliche Orientierungshilfen - etwa den Gesangs- und den Vogelzugkalender, inklusive Erläuterungen, anhand derer man ganzjährig Fragen nachgehen kann wie: Höre ich da einen Zilpzalp oder ist er gerade nicht im Lande? Und was bedeutet es, wenn ich ihn doch höre? Darüber hinaus findet man die Adressen der be-

sten Vogelbeobachtungsplätze in Deutschland, aufgeschlüsselt nach Bundesland, sowie weitere Adressen, "die für Vogelkunde und Vogelschutz von Bedeutung sind", d.h. Vogelschutzwarten, Naturschutzbehörden, Forschungsinstitute etc. ...

Anmerkung:

[1] Vögel in Deutschland, Sudfeldt, C. R. Dröschmeister, W. Frederking, K. Gedeon, B. Gerlach, C. Grüneberg, J. Karthäuser, T. Langgemach, B. Schuster, S. Trautmann & J. Wahl (2013): Vögel in Deutschland - 2013. DDA, BfN, LAG VSW, Münster.

<http://www.schattenblick.de/infopool/buch/sachbuch/busab141.html>

MEDIEN / FAKTEN / FILM

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

Blade Runner: Traum vom Leben

von Ulrich Behrens, Untergrund-Blättle, 28. September 2018

Scotts "Blade Runner" hatte es nicht leicht. Der Regisseur kaschierte 1982 nicht gerade überwiegend freundliche Filmkritiken und sah sich zudem einer starken Konkurrenz ausgesetzt: Spielbergs "E.T."

Kein "Oscar" war weit und breit zu sehen, lediglich zwei Nominierungen. Dabei ist "Blade Runner" ein vor allem visuell, aber auch dramaturgisch faszinierendes "Zu-

kunftsgemälde", ein "Sciencefiction-Western", der um die Frage kreist, was Menschsein letztlich ausmacht - fotografiert in einer düsteren, schmutzigen Welt des Jahres 2019. Eine der Schlagzeilen auf den Werbewänden enthält die Aufschrift: "Man has made it's match - now it's his problem." Assoziationen zu Kubricks "The Shining" (1980), Fred Zinnemanns "High Noon" (1952) und "Metropolis" (1927) sind naheliegend.

Mit folgender Einführung beginnt der Film:

"Anfang des 21. Jahrhunderts stieß die Tyrell Corporation in der Entwicklung der Roboter in die Phase "Nexus" vor, sie schufen ein dem Menschen völlig identisches Wesen - den Replikanten. Diese künstlichen Menschen der Phase Nexus 6 waren stärker, beweglicher und mindestens ebenso intelligent wie die Genetik-Inge-

nieure, die sie geschaffen haben. Replikanten wurden als Sklavenarbeiter bei der gefährlichen Erforschung und Kolonialisierung anderer Planeten missbraucht.

Nach der blutigen Meuterei einer Nexus 6 Gefechtstruppe in einer Kolonie auf einem anderen Planeten wurde Replikanten unter Androhung der Todesstrafe die Rückkehr zur Erde verboten.

Spezielle Polizei-Einheiten - die 'Blade Runner' - erhielten den Befehl, jeden Replikanten, der auf der Erde entdeckt wird, zu töten. Man nannte es nicht Exekution, sondern 'aus dem Verkehr ziehen'."

Blade Runner Holden (Morgan Paull) wartet in einem tristen Raum auf Leon (Brion James), den er einem Test unterziehen will. Leon betritt das Zimmer, scheinbar verwirrt, fast ängstlich, während Holden, eine Zigarette rauchend, eiskalt seine merkwürdigen Fragen stellt. Er führt den Voightkampff-Test durch. Leon wird von Frage zu Frage immer nervöser. Plötzlich zieht er eine Waffe und gibt zwei Schüsse auf sein Gegenüber ab, nachdem Holden ihn aufgefordert hat, ihm alles Positive zu seiner Mutter zu erzählen. Holden ist tot.

Rick Deckard (Harrison Ford) ist arbeitslos und allein. Vor etlicher Zeit war er Blade Runner. Man sieht ihn auf der Straße sitzend, Zeitung lesend, wartend. Er hat Hunger und wartet, dass der Imbissstand auf der anderen Straßenseite frei wird. Er hat kaum etwas gegessen, als plötzlich der Polizist Gaff (Edward James Olmos) hinter ihm steht und ihn ultimativ auffordert, mit ihm zu Po-

lizeichef Bryant (M. Emmet Walsh) zu fahren. Bryant mustert Deckard kurz und erteilt ihm - der gar nicht mehr bei der Polizei arbeitet - einen Auftrag: sechs Replikanten hätten 23 Menschen getötet und würden sich unerlaubt auf der Erde aufhalten. Er brauche ihn, um sie zu töten. Deckard will ablehnen, aber Bryants Worte belehren ihn eines besseren: "If you're not a cop, you're little people." Deckard hat keine Wahl: Entweder er macht wieder mit, oder er muss um sein Leben fürchten. Bryant erzählt Deckard, dass die Nexus-6-Replikanten nur über eine Lebensdauer von vier Jahren verfügen, und zwar deshalb, weil sie so ausgestattet seien, dass sie im Laufe der Zeit eine eigene Gefühlswelt entwickeln können. Von diesem Risiko könne er sich selbst überzeugen.

In der Tyrell-Corporation soll er einen Replikanten testen. Deckard ahnt nicht, dass er einem solchen gegenübersteht, als er Rachael (Sean Young) bei Tyrell (Joe Turkel) das erste Mal sieht. Auch Rachael denkt, sie sei ein Mensch. Mehr als hundert Fragen stellt Deckard Rachael. Als sie Tyrells Büro verlassen hat, fragt Deckard Tyrell: "Sie ist eine Replikantin, nicht wahr?" Und Tyrell bejaht, allerdings eine, der Erinnerungen implantiert worden seien - menschlicher als der Mensch, perfekter als der Mensch. Daher wisse sie nicht, dass sie kein Mensch sei.

Als Rachael später vor seiner Haustür steht und ihm seine Hilfe anbietet, lässt sie Deckard widerwillig herein und macht ihr deutlich, dass sie kein Mensch sein kann: Er erzählt ihr von "ihrer" Kindheit, die in Wahrheit nur

Ausdruck implantierter Erinnerung einer anderen Person sei.

Die Replikanten Roy Batty (Rutger Hauer), Leon und Pris (Daryl Hannah) suchen einen Weg, zu Tyrell zu kommen. Sie nehmen an, dass Tyrell der einzige ist, der ihre Lebenszeit verlängern kann. Der "Augenmacher" Chew (James Hong) verweist sie an den Mitarbeiter Tyrells, J. F. Sebastian (William Sanderson), einem Designer für künstliches Leben. Pris nimmt Kontakt zu Sebastian auf, und Roy zwingt ihn, sie zu Tyrell zu führen. Der allerdings erklärt Roy, dass es keine Möglichkeit gebe, ihr Leben zu verlängern. Tyrell muss mit seinem Leben bezahlen.

Währenddessen bedroht Leon Deckard. Kurz bevor er ihm die Augen ausstechen will, rettet Rachael Deckard durch einen gezielten Schuss auf Leon. Deckard selbst findet die Schlangenfrau Zhora (Joanna Cassidy) und kann sie töten: Er erschießt sie von hinten. Es bleiben nur noch Roy und Pris, die Deckard bei Sebastian in der Wohnung aufspürt. Und Rachael, zu der Deckard ein zwiespältiges Verhältnis entwickelt. Er scheint sie zu lieben ...

Scotts Sciencefiction ist über den Rand voll gefüllt mit gewollten Assoziationen, Andeutungen, Bezügen zu religiösen Mythen usw. Diese Assoziationen werden nicht aus-inszeniert, nur angedeutet, benannt und dem Betrachter bleibt es überlassen, seine Schlüsse zu ziehen. "Blade Runner" (wörtlich: Klingen-Läufer, auch eine Assoziation, etwa an Ritterfiguren) gehört zu den wenigen Streifen der Filmgeschichte, die - auch dadurch, dass sie

sich sozusagen weigern, irgendwelche Lösungen feil zu bieten - zu den "wildesten" Spekulationen, Überlegungen, Interpretationen Anlass bieten (können).

Die Welt, die Scott zeigt, ist eine dunkle, zerrissene, dampfende, rauchende, nasskalte, maschinelle Welt. Die riesigen Video-Werbeflächen verkünden vordergründig Lügen, doch bei genauem Hinsehen eher sarkastische Kommentare zu dieser Welt, die sich scheinbar in Menschen aus Fleisch und Blut hier, in mit Haut überzogene künstliche Replikanten dort geteilt hat. Eine teuflische Industriewelt überzieht den Globus. Smog und Feuer haben sich offenbar für immer über die Lebenden und ihre Städte gelegt. Die Straßen sind verdreckt, es regnet fast immer, das Gebäude, in dem Sebastian wohnt, ist fast vollständig verfallen. Grelles Kunstlicht scheint die einzige Quelle für Helligkeit zu sein.

Die Figuren leben größtenteils von ihren Kunstprodukten. Doch dies ist - in gewisser Hinsicht - keine homogene Welt. Sie besteht aus den Relikten verschiedener Epochen und Jahrzehnte, insbesondere des 20. Jahrhunderts, was Kleidung, Inneneinrichtung der Räume, Gebäude betrifft, ein Sammelsurium, eingerahmt von Vangelis' Musik. Wie Tausende von Schichten türmt sich Geschichte in den Bildern auf, Totes, Gewordenes, das sich Erklärungen, Lösungen, Antworten zu entziehen scheint. Die Assoziation zu Kubricks "2001: A Space Odyssey" ist manchmal frappant, nicht in der Art der Erzählung, der konkreten Visualisierung, aber in dem überwältigenden Gefühl einer Welt, in der sich Menschen

vor ihrer eigenen Entwicklung zu verstecken scheinen, ohne dass ihnen das bewusst ist.

Überhaupt ist "Blade Runner" keine Erzählung, kein Drama im gängigen Sinn. Endpunkt und Ausgangspunkt sind nahezu identisch. Als die Jagd endet, hat sich nichts geändert. Oder doch?

Diese Welt zeigt Scott bis zum Exzess. Die Kamera rauscht durch sie hindurch, als wenn wir Teil dieser Welt wären. Und wir sind es irgendwie auch. Das Auge spielt eine besondere Rolle. Das Auge scheint das einzige Mittel, diese Welt zu erfassen, verbirgt in Wirklichkeit jedoch eher die Geheimnisse dieses bombastischen Kunstproduktes "Welt". Menschen können Replikanten nur über das Auge, dessen metallischen Glanz erkennen - glauben sie. Aber ist das die letzte Wahrheit? Auch das ist in dieser Welt nicht wirklich sicher. Tyrell, Chew und der Schlangemacher tragen monströse Brillengestelle, um besser sehen zu können. Durch sie sehen auch wir. Aber was sehen wir und sie und ist das "die Wirklichkeit"? Oder welche?

Das Auge steht im übrigen auch für die Kamera, den Film. Scotts Kamera ist Teil dieses Sammelsuriums von Augen, die angeblich nicht betrügen können. Das Sehen ist einerseits die fast einzige, jedenfalls wichtigste Möglichkeit, die Welt zu verstehen, zu erkennen, andererseits bleibt dieses Sehen einem subjektiven Bereich verhaftet, der den Erkennenden einsam macht. Es ist "nur" sein Erkennen der Welt, was er durch das Auge, das selbst durch eine Membran Inneres und Äußeres trennt, wahrnimmt.

Das Auge bedeutet auch Gesehen-Werden. Die Replikanten wie die Menschen aber wollen sich verbergen, die einen, weil sie nicht getötet werden wollen, die anderen, weil sie töten wollen. Pris malt sich das Gesicht an, umrandet ihre Augen mit Farbe, spielt eine Puppe in Sebastians Wohnung, als Deckard ihr auf der Spur ist. Sie verbirgt sich. Alle verbergen sich. Die Replikanten erscheinen - nicht nur einmal - als künstliche Spiegelung des Menschlichen, das verloren scheint.

Das Erkennen der Replikanten über die Augen selbst ist jedoch zweifelhaft. Der Frage-Test ist zweifelhaft. Über hundert Fragen stellt Deckard Rachael und ist sich hinterher nicht sicher, ob sie zu den Replikanten gehört. Deckard gehört sowieso schon zu den Zweiflern an dieser Welt, der er selbst angehört. Er will keine Verantwortung mehr übernehmen für die Folgen der technologischen Entwicklung. Deshalb ist er kein Blade Runner mehr. Seine vordergründige Härte, die er als Polizist, als Jäger erlernt hat, dient ihm jetzt nur noch als - letztlich vergebliches - Schutzschild. Er ist gescheitert und er weiß noch nicht einmal, wie weitgehend er gescheitert ist. Am Ende, als er mit Rachael den Fahrstuhl betritt, kann er sich nicht mehr sicher sein, ob er nicht selbst Replikant ist. Scott lässt auch diese Frage offen, aber er stellt sie, er konfrontiert den Betrachter mit der Möglichkeit. Vielleicht gehört Deckard, vielleicht gehören alle anderen, die sich für Menschen halten, nur zu einer anderen Sorte von Replikanten. Schließlich kann selbst Rachael nicht von sich aus er-

kennen, ob sie Mensch oder Replikant ist.

Die Anfangsszene zwischen Leon und Holden, dieser vergebliche, tödlich ausgehende Vorgang des "Erkennens" reproduziert sich in dem Gespräch zwischen Deckard und Bryant, später zwischen Roy und Tyrell. Es scheint nur um eines zu gehen: Um Erkennen, Suche nach Wirklichkeit und Wahrheit. Immer deutlicher verwischen die Grenzen zwischen Mensch und Replikant. Die Differenz scheint eine Erfindung zu sein, Produktion von Ideologie. Die Replikanten erscheinen wie um ihre Befreiung und ihr Leben kämpfende Unterdrückte, die - als ob sie vom Himmel fallen - auf der Erde in einer Art Revolte ihren Kolonialstatus abstreifen wollen. Tyrell, der scheinbar mächtigste Mann, muss dafür büßen: ein Vätermord, den Roy an ihm vollbringt, indem er ihm den Kopf in Höhe der Augen zusammenquetscht, ihm das Sehen nimmt und damit das Leben. Ist das Sehen wirklich so wichtig, wie Scott uns erzählt? Oder steckt schon hier - potenziert durch die Macht des Visuellen im Film - ein gewaltiger Trugschluss?

Die Replikanten stellt Scott nicht als dumpfe, gefühllose, technisch-"barbarische" Figuren dar, sondern durchaus ambivalent wie die Menschen auch. Bei Rachael wird dies am deutlichsten, der Replikantin, die sich erinnern kann, der Deckard die Worte einflößt, die sie nicht kennt: "Küss mich, ich will dich, leg deine Arme um mich." Diese Worte kennt Rachael nicht, weil sie in ihrer (implantierten?) Erinnerung nicht vorkommen. Als sie ihn fragt, ob er den Test je gemacht habe, gibt sie

ihm zu verstehen, dass auch er nicht sicher sein könne, Mensch zu sein. Sie schauen sich in die Augen, sind einsam - auch das eine Andeutung im Film, die immer wieder betont wird: die Einsamkeit aller Figuren -, sehen sich aber für einen kurzen Moment im anderen, spiegeln sich, tun das, was dieser Welt verloren gegangen scheint - eine "gewisse" Gewissheit, Verlässlichkeit.

Auch Roy ist nicht die brutale Maschine, als die er anfangs vielleicht erscheint. Als seine Zeit abgelaufen ist, rettet er auf der Jagd zwischen ihm und Deckard diesem das Leben. Während Deckard anfangs ein sehr distanziertes Verhältnis gegenüber Rachael an den Tag legt, das darin gipfelt, dass er sie gewaltsam auf ihrer Flucht vor einem Kuss an die Wand schleudert, wandelt sich ab diesem Zeitpunkt beider Beziehung: Letztlich sehen beide keinen gravierenden Unterschied mehr zwischen sich. Aus dem "Es", das Rachael für Deckard war, ist eine "Sie" geworden, das Unverständliche für Rachael, das Erotische, nicht nur das Sexuelle, ist zum Teil ihrer Erinnerung geworden. Anders gestaltet sich das Verhältnis zwischen Roy und Tyrell: Roy sucht nach dem Leben, dem längeren Leben, seine Uhr droht abzulaufen. Sein "Vater" erklärt ihm, dass er ihm nicht helfen kann. Aus einem "technizistischen" Verhältnis zwischen Vater und Sohn resultiert der Mord. Roy tötet Tyrell, weil dieser Vater ihm kein Leben geschenkt hat, sondern nur den sicheren Tod ohne ein Leben in Freiheit, ein Dasein ohne Lebendigkeit.

Der Traum vom Leben durchzieht "Blade Runner", aber eben

nur der Traum. Weder die Menschen - die möglicherweise Replikanten sind -, noch die Replikanten - die vielleicht doch (mutierte?) Menschen sind - die wohl heiß umstrittenste Frage, die heftig diskutiert wurde und wird - sehen (Augen!) eine andere Möglichkeit zu leben, als dies durch Gewalt zu erreichen. Mit zwei Ausnahmen: Die "wundersame" Rettung Deckards durch Roy und das Einhorn, das Deckard im Traum erscheint, als er seine Familienfotos anschaut. Das Einhorn symbolisiert - unter der Voraussetzung, dass es sein Haupt in den Schoß einer Jungfrau legt und dadurch seine Wildheit verliert - Unschuld und Reinheit, das weibliche Prinzip des Empfangenden und Instinktiven, die bedingungslose Liebe, auch für die Heilung von Wunden, das Wiedererwecken von Toten, die Natur (so sagt man dem Fabelwesen nach, bei Berührung eines giftigen Flusses mit dem Horn wäre das Wasser wieder rein geworden). Das Einhorn wurde gejagt und ausgerottet.

Genau diese Sehnsucht nach Unschuld, Liebe, Reinheit - in dieser Form ein "absoluter" Wunsch, eine Phantasie nach Vollkommenheit, aber eben auch die Sehnsucht nach einem fundamental anderen Leben - scheint in einem kurzen Moment bei Deckard auf.

Zu "Blade Runner" ließe sich viel schreiben, interpretieren, erfüllen. Manche meinen, der Film manipulierte ausschließlich durch seine visuelle Kraft, enthalte aber nicht viel darüber hinaus. Also ein typisches Beispiel für die Macht der Bilder, die

Blendung? Auch! Doch die Dekonstruktion dieser Bilder enthüllt meines Erachtens zentrale Momente im Hinblick auf die Frage - nicht die Antwort - was Menschsein ausmacht. Dazu gehören die Bedeutung von Erinnerung als wesentliches subjektstiftendes Moment, die Verlorenheit in der Pseudo-Objektivität des "nach-industriellen" Zeitalters, die Illusion über die Macht der Technologien und die Illusion über die Ohnmacht des "technologisierten" sozialen Gefüges, über "die" weibliche und "die" männliche Sicht, die sich nicht unbedingt über Personalisierung auf Geschlechter manifestiert, über Einsamkeit und Verbundenheit, Trennung und Zusammenhang - und vielleicht einiges mehr. Auch übrigens über die Art

und Weise, wie wir (auch Filme): sehen.

"Blade Runner" hat den "Vorteil" - wie wenige andere Filme im Meer der (Kino-)Bilder -, bei jeder Sicht neue Entdeckungen offenbaren zu können. Das hängt von jedem und jeder einzelnen selbst ab.

Blade Runner
USA 1982 - 117 min.
Regie: Ridley Scott
Drehbuch: Hampton Fancher, David Webb Peoples
Darsteller: Harrison Ford, Rutger Hauer, Sean Young, Edward James Olmos
Produktion: Michael Deeley
Musik: Vangelis
Kamera: Jordan Cronenweth
Schnitt: Terry Rawlings

Erstveröffentlicht bei:
http://www.xn--untergrund-blittle-2qb.ch/kultur/film/blade_runner_5006.html

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:
Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail: redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/medien/fakten/mfaf0032.html>

UMWELT / TICKER / WALD

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Hambi bleibt! Brief von Mexiko nach Deutschland

(Oaxaca-Stadt, 27. September 2018, educaoxaca) - Am 20. September erhielten wir die Nachricht vom Tod des Journalisten Steffen Horst Meyn, welcher in Beechtown, einem kleinen Walddorf bestehend aus Baumhäusern im Hambacher Forst, starb. Er stürzte, als er versuchte die Räumungsaktion eines Sondereinheitskommandos zu dokumentieren. Zweck der Räumung - die komplette Zerstörung des Hambacher Forsts zu Gunsten der größten Braunkohlemine Europas.

Aus mexikanischer Sicht verurteilen wir die Gewalt, welche die deutsche Regierung gegen die Menschenrechts- und Umweltaktivist*innen einsetzte, um ihre Interessen umzusetzen. Ein derartiger Umgang mit Konflikten beweist einen eindeutigen Rückschritt in der Entwicklung unserer heutigen Gesellschaft. Wir können nicht zulassen, dass internationale Vereinbarungen, wie zum Beispiel das Pariser Klimaabkommen, aufgrund von Gewinninteressen der Wirtschaft zu nichte gemacht werden.

Unter den gravierenden Umständen des Klimawandels wird weiterhin über Möglichkeiten debattiert, wie dieser Situation auf die beste Weise begegnet werden kann. Einer der Punkte in der Agenda der Energiedebatte ist, dass der Energieverbrauch einiger Länder zu einer beschleunigten Zerstörung des Planeten führt.

Der Fall des Hambacher Forsts hat gezeigt, dass die deutsche Regierung der Kapitalgewinnung durch den Abbau von Rohstoffen deutlich mehr Priorität beimisst

als den Wünschen oder den Interessen der Gesellschaft oder dem Naturschutz. Die Harmonisierung von Finanzierung, der Bewilligung durch die Bevölkerung und die Verwendung von nachhaltigen und weniger schädlichen Technologien zum Abbau der Rohstoffe muss bei der Gewinnung von Rohstoffen gleichermaßen berücksichtigt werden.

Die Verwendung von nachhaltigen Energiequellen muss in Einklang stehen mit dem Einbeziehen der Bevölkerung und einer möglichst umweltschonenden Technologie. Wir - die wir in Oaxaca, einem Bundesstaat in Mexiko - leben, kämpfen bereits seit einiger Zeit mit den gesellschaftlichen Konflikten hervorgerufen durch den ewigen Disput zwischen Kapitalismus, Naturschutz und der Ausbeutung unserer Bevölkerung [insbesondere "grüne" Energieprojekte wie Staudamm- und Windkraftprojekte, ohne dass die indigene Bevölkerung um ihre Zustimmung gebeten wird]. Die ausnahmslose Unterstützung unserer Regierung von Projekten zur Förderung von erneuerbaren Energien und die fehlende Rücksicht auf Menschenrechte und indigene Rechte verschärfen diesen Konflikt nur noch mehr. Zudem kritisieren wir die Vorgänge im mexikanischen Staat Coahuila, wo dutzende Minenarbeiter 2006 in einer Kohlemine im Besitz des Unternehmens "Grupo México" verschüttet und bis heute nicht geborgen wurden.

Diese Umweltkonflikte, welche durch den fehlenden Dialog und Konsens in unseren Gesellschaften vorangetrieben werden, stellen eine Rückentwicklung unserer demokratischen Gesellschaften dar.

Aus diesem Grunde:

- Drücken wir unsere Solidarität mit allen Menschenrechts- und Umweltaktivist*innen des Hambacher Forst aus.

- Verlangen wir von den deutschen Regierung, dass sie einen Dialog mit AktivistInnen zur gegenseitigen Verständigung aufnehmen.

- Verlangen wir von den Behörden, dass sie das Leben der Menschenrechts- und Umweltaktivist*innen und der Journalist*innen garantieren und respektieren, sowie die Sicherheit und das Recht der Bevölkerung.

Oaxaca, Mexiko den 27. September 2018.

Teilnehmer*innen des Seminars über Soziale Bewegungen und Strategien zur Verhinderung der Ausbeutung durch die Extraktion von Rohstoffen.

Servicios para una Educación Alternativa EDUCA A.C.
Red de Defensoras y Defensores Comunitarios de los Pueblos de Oaxaca (REDECOM).
Organización comunitaria Monapaküy.
Centro de Derechos Humanos Tepeyac.
Preparatoria Comunitaria José Martí.
Organización Indígena de Derechos Humanos de Oaxaca (OIDHO) A.C.
Comité de Defensa de Derechos Indígenas (CODEDI) A.C.
Ojo de Agua Comunicación.
Pobladores Oaxaca.
Asamblea de Pueblos del Istmo en Defensa de la Tierra y el Territorio.
Unión de Comunidades Indígenas de la Zona Norte del Istmo (UCIZONI) A.C.
Comité de familiares de Pasta de Conchos, Coahuila.
Grupo de trabajo CLACSO Fronteras, regionalización y globalización en América.

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonal/wir-dokumentieren-hambi-bleibt-brief-von-mexiko-nach-deutschland/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber: Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.

Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin

Telefon: 030/789 913 61

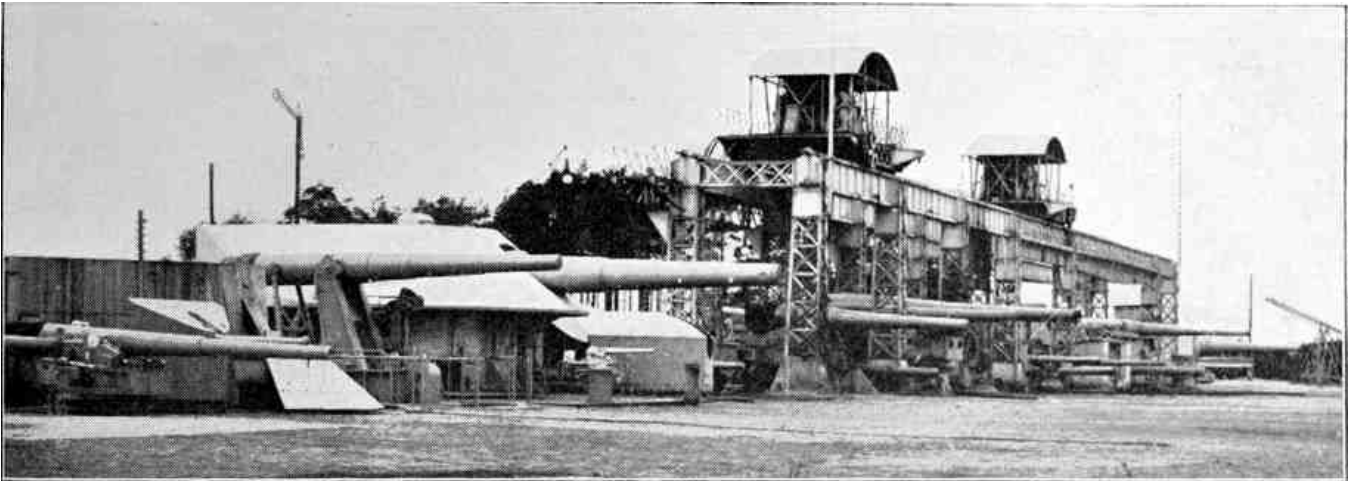
E-Mail: poonal@npla.de

Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/ticker/utwa0341.html>



Moorbrand - Schadstoffkontaminationen ungemessen ...



Schießplatz Meppen.
Friedr. Krupp, A.-G.

Geschichtskontaminiert.
Seit 1877 wurden hier Geschütze und Kanonen jeglicher Art und Kaliber untersucht, erprobt, vorgestellt und eingeschossen.
Quelle: 'Deutschland als Weltmacht - vierzig Jahre Deutsches Reich', Herausgeber: Kaiser Wilhelm Dank, Verein der Soldatenfreunde; Verlag: Kameradschaft, Berlin W. 35, Urheber der Aufnahme unbekannt [gemeinfrei], via Wikimedia Commons

(SB) 1. Oktober 2018 - Ausgelöst durch eine Raketenübung des Bundeswehr-Kampfhubschraubers "Tiger" am 3. September schwelt bis heute im Naturschutzgebiet "Tinner Dose-Sprakeler Heide" ein Moorbrand, dessen Ende trotz mancher Entwarnungen noch nicht abzusehen ist. Laut NDR konnte er sich auf den durch die monatelange Dürre ausgetrockneten Flächen bis auf zwölf Quadratkilometer ausbreiten. Zwar wurde der Katastro-

phenalarm unlängst wieder aufgehoben, und ab dem 1. Oktober sollen auch die zivilen Kräfte (Feuerwehr und Technischer Hilfsdienst) abgezogen und von Angehörigen der Bundeswehr ersetzt werden, doch die Entspannung hat zumeist kosmetischen Charakter. Der Schwelbrand ist noch nicht gelöscht. Der Rauch, der im 100 km entfernten Bremen gesehen werden konnte und dessen Brandgeruch selbst im etwa 200 Kilometer entfernten Hamburg registriert wurde, ist nur schwächer geworden. An vielen Stellen schwelen Glutnester unterirdisch weiter.

Daß nach einer langen Trockenphase, die bekanntlich immer mit erhöhter Brandgefahr verbunden ist, überhaupt eine solche Übung anberaunt worden war, hat in den letzten Wochen öffentliche Empörung ausgelöst und viele Fragen nach der korrekten Einhaltung bestehender Vorschriften

und nach Regelungslücken im Brandschutz der Bundeswehr aufgeworfen. Die Suche nach Antworten und letztlich nach den Verantwortlichen ist Teil der politischen Aufarbeitung der Katastrophe, die derzeit großen Raum in den Medien einnimmt. Dagegen wird über das gesamte Ausmaß der gesundheitlichen und ökologischen Konsequenzen nur ansatzweise berichtet, etwa am 28. September im Wissenschaftsmagazin Logo des NDR. [1]

Danach machten Moore zwar nur drei Prozent der weltweiten Bodenfläche aus, sie speicherten aber doppelt so viel Kohlendioxid wie alle Wälder unserer Erde zusammen. Das würde auch erklären, warum jeder Moorbrand extrem klimarelevant ist. Denn von einem Quadratmeter Moor, der bis zu einem Meter Tiefe brennt, können 50 kg Kohlenstoff in die Luft entlassen werden, entsprechend 180 kg Kohlenstoffdioxid

(CO₂), welche die Treibhauswirkung der Atmosphäre verstärken.

Vom Landkreis Emsland wurde der klimaschädliche Eintrag zunächst mit geschätzten 300.000 Tonnen CO₂, die der Moorbrand in die Atmosphäre abgegeben habe, kleingeredet. Erste vorsichtige Korrekturen durch Umweltschutzverbände wie der NABU und der BUND kamen bereits auf mehr als 500.000 Tonnen CO₂ bei einer betroffenen Fläche von acht Quadratkilometern. Das entspricht laut Felix Grützmaker, einem Experten des NABU, genau der Menge an CO₂, die jährlich von 50.000 Bundesbürgern verursacht wird. Legt man die obigen Zahlen zugrunde, erhöht sich die Rechnung allerdings auf 800.000 bis 900.000 Tonnen. Nach Angaben der aktuellen Berichterstattung des NDR sind sogar 12 Quadratkilometer Fläche verbrannt. Entsprechend müssten die Mengen an durch den Brand emittiertem CO₂ auf eine bis einhalb Millionen Tonnen korrigiert werden. Nach Hochrechnungen des Umweltbundesamtes werden die Folgekosten auf 80 Euro pro Tonne freigewordenes CO₂ geschätzt. Das wären mindestens 80 Millionen Euro, die der aktuelle Moorbrand Bund und Land kosten wird. Fraglich nur, inwieweit tatsächlich alle entstandenen Baustellen in diese Schätzung eingehen.

Wem will man den unwiederbringlichen Verlust von zahlreichen Arten in Rechnung stellen, die den Brand nicht überleben konnten? Dreißig verschiedene Arten von Torfmoosen, unzählige, an die speziellen Moose angepaßten Mikroorganismen und Einzeller sind ebenso vom Brand

verdrängt worden wie Schmetterlinge, Libellen und Vögel, die nicht zurückkehren. Viele Insekten, Spinnentiere und kleine Reptilien konnten nicht vor der Hitze fliehen und seien verbrannt, hieß es in einer Pressemitteilung des NABU. [2]

Die "Tinner Dose" ist ein nach europäischem Recht besonders geschütztes Gebiet und bietet einer einzigartigen Artenvielfalt Lebensraum. Das 3200 ha große Naturschutzgebiet wurde 1987 auf dem Gelände des als "wehrtechnische Dienststelle 91 in Meppen (WTD 91)" bekannten, mehr als doppelt so großen Schießplatzes eingerichtet, der bereits 1876 von der Firma Alfred Krupp zur "Erprobung reichweitengesteigerter Heeres- und Marinegeschütze" erworben wurde. Seit 1877 wurden hier zunächst auf einer Fläche von 23 km x 4,5 km, die im 2. Weltkrieg auf 50 km x 6 km erweitert wurde, "Geschütze und Kanonen jeglicher Art und Kaliber untersucht, erprobt, vorgestellt und eingeschossen". [3] Seit 1957 wird die "Erprobungsstelle 91 für Waffen und Munition" von der Bundeswehr als Testgelände für Schießübungen genutzt. Sie ist mit einer Fläche von 200 Quadratkilometern heute der größte instrumentierte Schießplatz Westeuropas.

Auch die scheinbar gute Nachricht, die der Landkreis Emsland drei Wochen nach Brandbeginn im Internet veröffentlichte, daß zu keiner Zeit eine Gesundheitsgefahr für die Anwohner bestanden habe und keine Grenzwerte überschritten worden waren, reizt Betroffene zum Widerspruch. [4] Zum einen war mit den Messungen der Luftschadstoffe, auf die

sich die Aussage stützt, erst zwei Wochen nach Ausbruch des Feuers begonnen worden. [5] Zum anderen bekamen viele Anwohner die Auswirkungen des beißenden Qualms direkt zu spüren. Nicht abzustreiten ist, daß durch den Brand viele bekannte Schadstoffe in die Luft gelangten - unter anderem Stickstoffoxide und Feinstaub. Mehrere Wochen wurde den Anwohnern empfohlen, Türen und Fenster geschlossen zu halten.

Die Gefährlichkeit von Feinstaub bemißt sich normalerweise nur in der Feinheit und letztlich der Lungengängigkeit der Partikel. [6] Die größten Partikel der Kategorie PM10 (PM = particulate matter) haben einen maximalen Durchmesser von 10 Mikrometer und gelten nur bedingt als schädlich. Ultrafeine PM2,5 sind mit weniger als 0,1 Mikrometer Durchmesser so klein, daß sie mechanisch in Lungenbläschen und Blutgefäße eindringen, den Blutfluß blockieren oder Flimmerhärchen lähmen können. Doch Feinstaub, der bei Bränden entsteht, kann darüber hinaus ein komplexes Gemisch aus vielen Partikeln sein, das von harmloser Erde, über Gummiabrieb bis zu gefährlichem, krebserregenden Asbest alle möglichen Substanzen enthalten kann, selbst explosive Chemikalien oder Schwermetallabrieb.

Letzteres wäre möglicherweise bei einem Moorbrand zu erwarten, der bis in einen Meter Tiefe alles röstet, verschmort und zutage fördert, was darin über die Jahre angesammelt und vergessen wurde, von Torf bis zu Munitionsresten, die - wie es in manchen Meldungen hieß - die Löscharbei-

ten extrem erschweren würden. [7] Zwar wird immer wieder die besondere Eigenheit von Moorbränden angesprochen, in sogenannten Glutnestern unterirdisch zu schwelen und dann aus der Tiefe wieder neu hervorzubrechen, doch inwieweit dadurch die hier eingelagerten unbekanntem Schadstoffe mitgeschleppt und in die Luft geraten können, wurde offenbar nicht untersucht. Wie aus den Protokollen zu entnehmen ist, werden hier wie auch an anderen Meßstationen nur die üblichen bekannten Leitsubstanzen, wie Kohlenmonoxid, Benzol, Stickstoffdioxid, Stickstoffmonoxid, Schwefeldioxid und Ozon überprüft.

Was allein bei reinen Vegetationsbränden an unvermuteten Schadstoffen zu erwarten ist, gegen die auch die Einsatzkräfte von Feuerwehr und Technischem Hilfsdienst geschützt werden müssen, geht aus einer Dissertation von Ulrich Cimolino hervor, der sich darin mit den "Optimierungsmöglichkeiten bei der Bekämpfung von Vegetationsbränden in Deutschland" befaßt hat. [8] Im Kapitel 6.1.2. Atemschutz (Seite 122) erklärt der Brand- und Sicherheitsspezialist, daß die Menge und Gefährlichkeit der organischen Stoffe, die neben Ruß und Asche bei Vegetationsbränden freigesetzt werden, selbst von Experten meist unterschätzt wird. Cimolino rät daher generell zum Tragen von Atemschutzmasken bei der Löscharbeit und zitiert zur Abschreckung die Passage einer kanadischen Studie von 2008 [9], in der klangvolle chemische Verbindungen aufgezählt werden, die bereits normale Moor- und Waldbrände in relevanten Konzentrationen freisetzen. Alle genannten

Stoffe sind direkt oder indirekt wirkende Gifte und extrem gesundheitsschädlich für Mensch und Tier: Kohlenstoffmonoxid, Formaldehyd, Acrolein, Feinstaub PM10 bis PM2,5, Benzol, CO₂, Stickoxide, PAK (Polycyclische aromatische Kohlenwasserstoffe), Ammoniak und Furfural. Nicht weniger giftig, aber in geringerer Konzentration freigesetzt werden darüber hinaus: Acetaldehyd, 1,3-Butadien, Methan, Methanol, Styrol, Methylcyanid, Propanal, Toluol, Methylbromid, Butan-2-on, Aceton, Xylol, Phenol, Tetrahydrofuran, Methylchlorid, Methyljodid und Quecksilber.

Des Weiteren weist die Studie darauf hin, daß auch eingehaltene Grenzwerte keine Garantie dafür sind, daß Einsatzkräfte nicht gleichzeitig gesundheitsschädlichen und toxischen Konzentrationen von Formaldehyd, Acrolein, PAK (Benzo[a]pyren) und lungengängigen Feinstaubpartikeln ausgesetzt sein könnten, die gemeinhin in Bränden entstehen, aber nicht gemessen und dokumentiert werden.

Daß das Moor bei Meppen seit über 130 Jahren für die Erprobung von Munition und Sprengstoffen nicht mehr nachvollziehbarer Zusammensetzung genutzt wurde, über deren Reste man das Gras wachsen ließ, nährt den Verdacht, daß zudem zahlreiche unbekannte Faktoren den giftigen Cocktail ergänzen, der die Luft über dem Moor mit vermutlich mehr als unangenehmen Gerüchen belegt hat. Denkbare Produkte, die beim Verschwelen und Verbrennen von Schweröl, Benzin, Blei, Kupfer, Salpeter, Wolfram, Chlorkohlenwasserstoffen,

Chromat möglicherweise sogar Uran wie anderen Stoffen, die alten und neueren Sprengstoffen und Munitionsresten entstammen können, gehören ebensowenig in das übliche Überwachungsschema wie Polycyclische Verbindungen, Furane oder Dioxine, die aus dieser Mixtur bei hohen Temperaturen entstehen können.

Selten wird auch der notwendige aber enorme Löschwasserverbrauch bei der ökologischen Schadensbilanz in Rechnung gestellt, der mit 5.000 Liter pro Minute die natürlichen Ressourcen des Moorgebiets belastet. Sie werden aus einem nahen Fluß über Schlauchleitungen auf das Gelände gepumpt. Der Boden soll dabei so naß werden, daß das Feuer keine Chance mehr hat, sich weiter auszubreiten, sagte der Sprecher der WTD 91 gegenüber dem NDR. Welche Mengen an den oben erwähnten Verbrennungsprodukten und Giftstoffen, die noch im Boden verblieben sind, nun auf diese Weise in Bewegung geraten und wo sie schließlich landen, wäre eine weitere Frage wert.

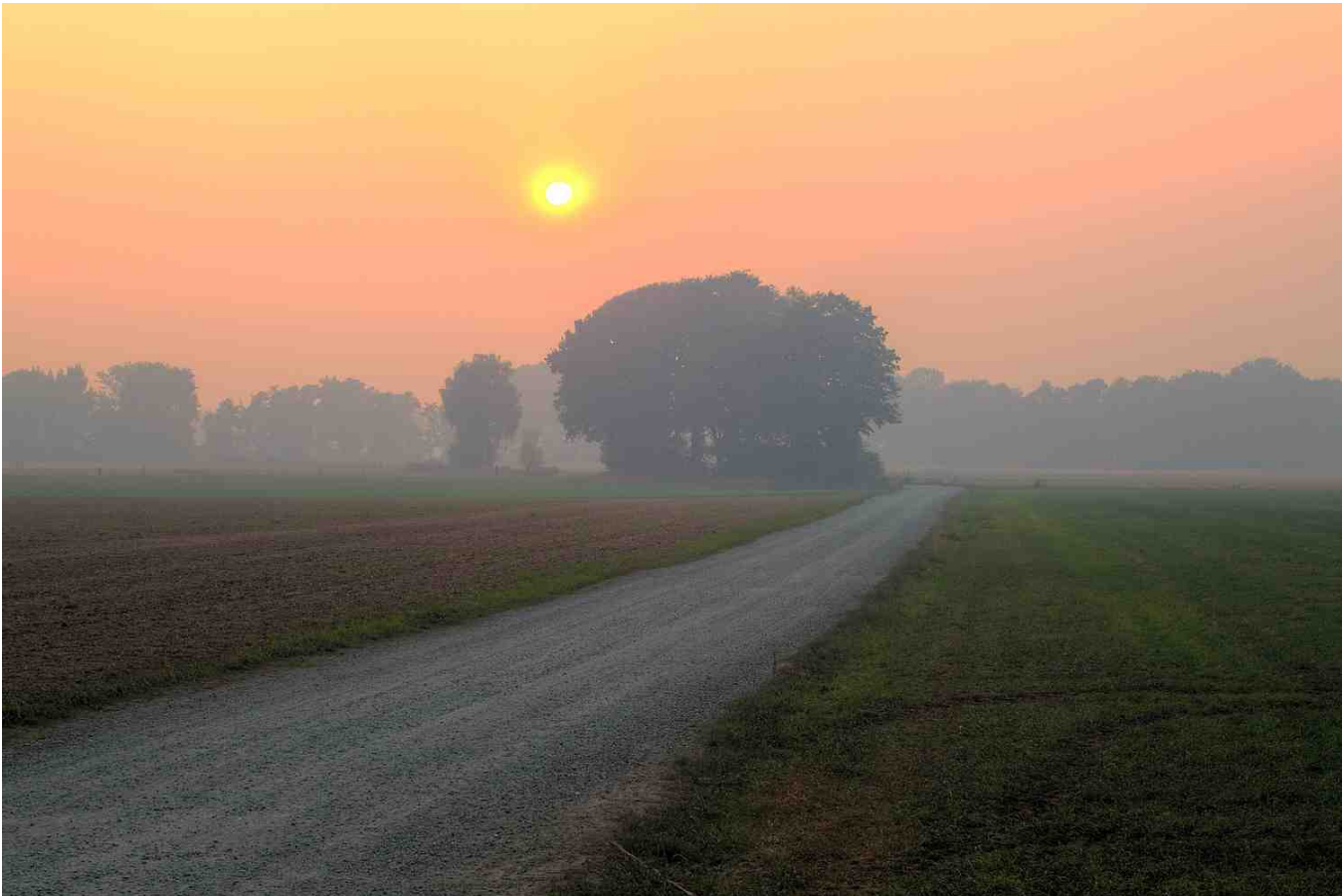
Anmerkungen:

[1] <https://www.ndr.de/info/podcast2994.html>

[2] <http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/fakten/ufafe040.html>

[3] <http://tinyurl.com/y8ncd5jb>

[4] https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/osna-brueck_emsland/Moorbrand-Gefahr-fuer-Menschen-mit-Vorerkrankungen,moorbrand466.html



Die Landschaft im 80 km vom Moorbrand entfernten Sandkrug ist noch zwei Wochen nach Brandbeginn von Schwaden des Moorbrandes vernebelt.

Was der penetrant riechende Qualm enthielt, der in einem Umkreis von 80 km für ungewöhnlich farbenfrohe Sonnenuntergänge sorgte, ist bis heute unbekannt.

Foto: 18.9.2018 von Jacek Ruyczka [CC BY-SA 4.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>)], vom Wikimedia Commons

[5] <https://katastrophenschutz.landkreis-emsland.de/moorbrand-keine-akute-gesundheitsgefaehrung-2/> und https://katastrophenschutz.landkreis-emsland.de/wp-content/uploads/2018/09/ABC_-Zug_Leer.pdf

[6] <https://www.umweltbundesamt.de/themen/luft/luftschadstoffe/feinstaub>

[7] "Was macht die Löscharbeiten so schwierig? Der Torf im Moor hat eine wasserabstoßende Eigenschaft, wes-

halb das Wasser seine volle Löschwirkung nicht entfalten kann, erklärte Brand-Experte Professor Hans-Joachim Gressmann im Gespräch bei NDR 1 Niedersachsen. Außerdem befinden sich auf dem Gelände Munitionsreste von vergangenen Schießübungen. Diese bergen eine Gefahr für die Helfer beim Löscheinsatz." aus: <https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/FAQ-Fragen-und-Antworten-zum-Moorbrand-bei-Meppen,moorbrand656.html>

[8] urn:nbn:de:hbz:468-20140730-121237-9

[<http://nbn-resolving.de/urn/resolver.pl?urn=urn%3Anbn%3Ade%3Ahbz%3A468-20140730-121237-9>]

[9] Austin, Claire: Wildland firefighter health risks and respiratory protection, in: Studies and Research Projects - R-572, IRSSC, Quebec (Canada), 2008

<http://www.schattenblick.de/infopool/natur/chemie/chula297.html>

MUSIK / VERANSTALTUNGEN / JAZZ

Kulturcafé Komm du - November 2018

Mirandas Orbit
Atmosphärischer Indie-Jazz aus Bern zum Zuhören und Träumen

*Konzert am Mittwoch, den 28. November 2018,
von 20:00 bis 22:00 Uhr im Kulturcafé Komm du*

Platzreservierungen per Telefon: 040 / 57 22 89 52 oder E-Mail: kommdu@gmx.de

Eintritt frei / Hutspende



Mirandas Orbit
Atmosphärischer
Indie-Jazz
aus Bern
zum
Zuhören
und
Träumen

Mittwoch
28.11.2018
20.00 Uhr
Kulturcafé
Komm du
Buxtehuder Str. 13
21073 Hamburg-Harburg
www.komm-du.de
Eintritt frei / Hutspende

*Das Komm du lädt ein zu einem
Konzert am Mittwoch, den
28.11.2018, 20.00 bis 22.00 Uhr:*

Mirandas Orbit
Atmosphärischer Indie-Jazz
aus Bern zum Zuhören und
Träumen

Die drei Musiker kreieren in ihrem Trio eine spannungsvolle Atmosphäre, die durch träumerische Flächen, ungewöhnliche Texturen und wuchtige Ausbrüche geprägt ist. Dabei hält der rote kompositorische Faden das Ganze schlüssig zusammen - wie ein planetarischer Orbit.

Die Formation entstand im Dezember 2016. Schon bald ergab sich durch die Eigenkompositionen von Sebastian Bättig in Kombination mit der eher ungewöhnlichen Besetzung ein eigenständiger Bandsound mit hohem Wiedererkennungswert. Der holzige Sound der Bassklarinette mit ihrem weiten Ambitus und den vielseitigen klanglichen Facetten geben der Musik ihren charakteristischen Sound. Die Gitarre fungiert als Soundarchitekt, kreierte endlose Soundlandschaften bis

bizarre geräuschhafte Effekte und hält das harmonische Gerüst der Band zusammen. Das agil gespielte Schlagzeug kommentiert das Zusammenspiel mit flüssigen Fills und kristallklaren Sounds. Aber auch erdige Grooves halten das musikalische Geschehen fest zusammen und bereichern die Musik zusätzlich um ein energetisches Element.

Mirandas Orbit bei Soundcloud
<https://soundcloud.com/sebastian-b-ttig/sets/mirandas-orbit>

Mirandas Orbit - Videoteaser mit Livemitschnitten aus verschiedenen Konzerten
<https://www.youtube.com/watch?v=Dph3f6IZzJ0>



Der atmosphärische Indie-Jazz des Trios "Mirandas Orbit" aus Bern zeichnet sich aus durch träumerische Flächen, lang gezogene Melodien, ungewöhnliche Texturen und wuchtige Ausbrüche
Foto: © by *Mirandas Orbit*

Kulturcafé Komm du in der Buxtehuder Str. 13 in Hamburg-Harburg
Foto: © by *Schattenblick*

Besetzung:

Kevin Sommer
(Bassklarinetten, B Klarinette)
Sebastian Bättig
(Gitarre, Komposition)
Felix Wolf
(Schlagzeug)

Weitere Informationen:

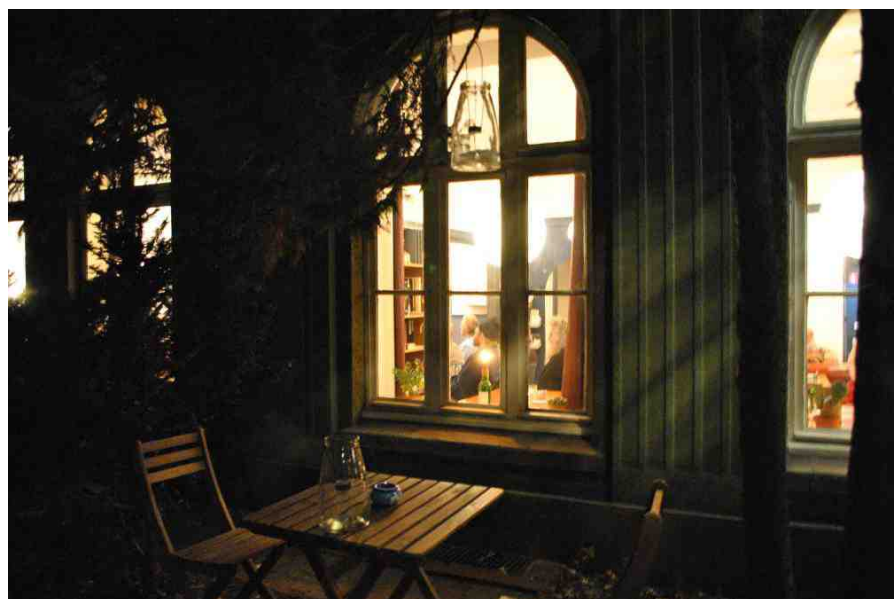
Mirandas Orbit - Homepage
http://www.basti.ch/projects/wolf_sommer_baettig.html

Das Kulturcafé Komm du in Hamburg-Harburg: Kunst trifft Genuss

Hier vereinen sich die Frische der Küche mit dem Feuer der Künstler und einem Hauch von Nostalgie

Das Komm du in Harburg ist vor allem eines: Ein Ort für Kunst und Künstler. Ob Live Musik, Literatur, Theater oder Tanz, aber auch Pantomime oder Puppentheater - hier haben sie ihren Platz. Nicht zu vergessen die Maler, Fotografen und Objektkünstler - ihnen gehören die Wände des Cafés für regelmäßig wechselnde Ausstellungen.

Britta Barthel gibt mit ihrem Kulturcafé der Kunst eine Bühne und Raum. Mit der eigenen Erfahrung als Künstler und Eindrücken aus einigen Jahren Leben in der Kulturmetropole London im Gepäck, haben sie sich bewusst für den rauhen und ungemein lebenswerten Stadtteil Harburg entschieden. Für Künstler und Kulturfreunde, für hungrige und durstige Gäste gibt es im Komm du exzellente Kaffeespezialitäten, täglich



wechselnden frischen Mittagstisch, hausgemachten Kuchen, warme Speisen, Salate und viele Leckereien während der Veranstaltungen und vor allem jede Menge Raum und Zeit ...

Das Komm du ist geöffnet:
von Montag bis Freitag
7:30 bis 17:00 Uhr,
Samstag von 9:00 bis 17:00 Uhr
und an Eventabenden open end.

Näheres unter:
<http://www.komm-du.de>
<http://www.facebook.com/KommDu>

Kontakt:
Kulturcafé Komm du
Buxtehuder Straße 13
21073 Hamburg
E-Mail: kommdu@gmx.de
Telefon: 040 / 57 22 89 52

Komm du-Eventmanagement:
Telefon: 04837/90 26 98
E-Mail:
redaktion@schattenblick.de

Das Kulturcafé Komm du lädt ein:
Die aktuellen Monatsprogramme des Kulturcafé Komm du mit Lesungen, Konzerten, Vorträgen, Kleinkunst, Theater und wechselnden Ausstellungen finden Sie im Schattenblick unter:
Schattenblick → Infopool → Bildung und Kultur → Veranstaltungen → Treff

http://www.schattenblick.de/infopool/bildkult/ip_bildkult_veranst_treff.shtml

<http://www.schattenblick.de/infopool/musik/veranst/jazz2164.html>

MUSIK / VERANSTALTUNGEN / POP-ROCK

Kulturcafé Komm du - November 2018

SOLTOROS - Flamenco-Rock Melancholisch-verträumte Balladen, Rocksongs, jazzige Chansons und spanische Rhythmen

*Konzert am Freitag,
den 9. November 2018, 20.00 bis 22.00 Uhr*

*Platzreservierungen per Telefon: 040 / 57 22 89 52 oder
E-Mail: kommdu@gmx.de*

Eintritt frei / Hutspende



*Das Komm du lädt ein zu einem
Konzert am Freitag, den
09.11.2018, 20.00 bis 22.00 Uhr:*

**Soltoros
Rock, verträumte Balladen,
jazzige Chansons und spanische
Rhythmen**

Musik mit spanischem Touch und ansteckender Lebensfreude spielen Peggy "Sol" Sunday und Torsten "El Toro" Ziemann (beide Gesang und Gitarre). Die Künstler verbindet der Spaß an ihrer großen Leidenschaft, der Musik,

den sie durch Coverversionen mit komödiantischen deutschen Texten unterstreichen. Die Soltoros mischen verträumte Balladen, jazzige Chansons und internationalen Rock und Pop mit selbstkomponierten Liedern in Englisch, Deutsch, Spanisch und Französisch zu einem eigenen Klangkosmos, den sie scherzhaft "FlamenKO-Rock" nennen. Man kann dazu auch tanzen!

Zum Reinhören & Anschauen:

SOLTOROS
"Ich möchte einfach nur singen"
<https://www.youtube.com/watch?v=jPVf90r7-rQ>

SOLTOROS "VORÜBER"
<https://www.youtube.com/watch?v=oG358xby-DM>

Über die Soltoros

Die SOLTOROS wurden 2012 von Peggy Sonntag "SOL" und Torsten Ziemann "El Toro" als Duo gegründet. Sie spielen eine spannende Mixtur aus traditionel-



Die SOLTOROS nennen ihre Musik "FlamenKO-Rock, der vom Herzen und aus dem Bauch kommt."

Foto: © by Jens Butz

len Songs mit Blues- und Jazz-Elementen, Rock und Pop-Klassikern sowie eigene Songs in deutscher, englischer und spanischer Sprache. Ihre Musik nennen sie "Flamenco-Rock".

"El Toro" wurde beeinflusst von Künstlern wie Lou Reed, J. Cocker, L. Cohen, Willi DeVille, was in den eigenen Songs erkennbar ist. In diversen Rockbands hat Torsten Ziemann mit seiner markanten, tiefen Stimme seiner Kreativität als Songwriter, Gitarrist und als Sänger Ausdruck verliehen. Seine Ausbildung an der Klassischen Gitarre ermöglicht es ihm, dieses Können auch im Rockbereich einzusetzen und dadurch den einzigartigen Sound der SOLTOROS zu erzeugen.

Bei Peggy "Sol" Sonntag kann man die Einflüsse von Edit Piaf, Mercedes Sosa, Vaya con Dios sowie J. Joplin heraushören. Auch sie hat zahlreiche Erfahrungen mit anderen Bands. Sie bringt viele Einflüsse aus dem Ausland mit und bereichert die Musik mit

Ihrer einzigartigen, prägnanten Stimme.

Weitere Informationen:

Soltoros - Homepage
<http://www.soltoros.de>

SOLTOROS @ Vertigo Weiße Pferde (deutsch/spanisch) cover
<https://www.youtube.com/watch?v=N7w4ZfGai98>

<http://www.schattenblick.de/infopool/musik/veranst/pop-5299.html>

DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

Und morgen, den 2. Oktober 2018

+++ Vorhersage für den 02.10.2018 bis zum 03.10.2018 +++++



Wind und Sturm und Regen,
die bis zum späten Abend hin
Feld und Wiesen fegen;
Jean-Luc bleibt in der Höhle drin.

IMPRESSUM

Elektronische Zeitung Schattenblick

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.
Verantwortlicher Ansprechpartner:
Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de
Telefonnummer: 04837/90 26 98
Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME
Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.):
Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV:
Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
ISSN 2190-6963

Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel

Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.